

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Altringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 3. Oktober 1930

Für Volk und Demokratie.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag in vielstündiger Beratung ihren politischen Willen in einer ausführlichen Entschliessung niedergelegt, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Diese Entschliessung zeigt Freund und Feind, welche Ziele die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ins Auge fasst und welche Wege sie im neuen Reichstag einzuschlagen gedenkt. Die Entschliessung ist zugleich ein ernster Appell an die Arbeiterschaft und ihre Organisationen, die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion will nicht die Ausnutzung der Krise zu politischen Experimenten und Abenteuern wie die Extremen von rechts und von links, sie sucht vielmehr ernsthaft den Ausweg aus der Krise. Sie will nicht spekulieren mit der Not, sie will ihr abhelfen. Im Mittelpunkt ihrer politischen Erwägungen und ihrer Entschlüsse stehen die Not des arbeitenden Volkes und die Vertretung seiner Interessen.

Die Lage, in der die Fraktion Beschlüsse gefasst hat, ist ausserordentlich ernst. Ihre Entschliessung lässt darüber keinen Zweifel, Sie hat ihre erste Aufgabe darin erblickt, auszusprechen, was ist, die Gefahren aufzuzeigen, die der Demokratie und damit dem arbeitenden Volke drohen, und die Gegner zu kennzeichnen.

Die wirtschaftliche Krise wird verschärft durch die politische Krise und umgekehrt. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion will deshalb ihre Taktik darauf abstellen, eine Verschärfung der politischen Krise und der Unsicherheit zu vermeiden, um ein Weitertreiben der Wirtschaftskatastrophe von der politischen Seite her zu verhindern. Die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie und der Verfassung steht deshalb im Mittelpunkt ihres Strebens. Die Gegner der Demokratie sind zugleich die Gegner der Arbeiterschaft. Sie wollen die Demokratie niederzwingen, um die Arbeiterschaft zu treffen. Sie wollen das Rad der Geschichte rückwärts drehen, die Arbeiterschaft politisch entrechten, um sie wirtschaftlich auf die Knie zwingen zu können.

Im praktischen will die Reichstagsfraktion für Arbeitsbeschaffung wirken. Sie wendet sich gegen die im Regierungsprogramm vertretene These, dass durch Einschränkung der Lebenshaltung des Volkes der Arbeitslosigkeit begegnet werden könnte. Die Produktion wird nicht angeregt, wenn die Kaufkraft sinkt, vielmehr muss die Anregung von der Seite des Verbrauchs her durch Erhöhung der Nachfrage erfolgen. Der Kampf gegen die Lohnabbauaktionen gilt deshalb nicht nur unmittelbar der Erhaltung der Lebenshaltung der in Arbeit stehenden Schichten, er ist vielmehr zugleich ein Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Schaffung von Vorbedingungen zur Ueberwindung der Krise.

Als weitere wichtigste Aufgabe sieht die Fraktion die Lösung der dringendsten finanzpolitischen Fragen, die Behebung der Etatsschwierigkeiten an. Nur wenn der Haushalt geordnet ist, kann der unheilvollen Einwirkung der politi-

schen Unsicherheit nach dem 14. September auf den deutschen Kredit begegnet werden! Zu beiden Aufgaben tritt als dringende, unmittelbare Aufgabe hinzu, durch Verkürzung der Arbeitszeit Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen. Die Voraussetzung dafür aber, dass diese ernstesten und notwendigen Aufgaben erfolgreich vertreten werden können, ist die Behauptung der Demokratie, die Sicherung der Verfassung und damit die Herbeiführung politischer Beruhigung.

Die Entschliessung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist die schärfste Ablehnung jener gewissenlosen und illusionären Versprechungen, die von Kommunisten und Nationalsozialisten in der Zeit der Not an verzweifelnde Massen herangetragen werden. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt es auf das schärfste ab, eine Politik der gewissenlosen Abenteuer im Innern wie nach aussen hin durch ihre Haltung auch nur indirekt zu begünstigen. Sie will den schweren und schmalen, aber einzig möglichen Weg gehen, der im Interesse der arbeitenden Massen und des ganzen Volkes nötig ist.

Die Sozialdemokratische Partei ist der einzige grosse und ernsthafte Garant dafür, dass aus der Zeit der wirtschaftlichen Not und der politischen Unsicherheit nicht eine politische und wirtschaftliche Katastrophe von grösstem Ausmass erwächst, in der den Interessen des werktätigen Volkes schwerster Abtrag erfolgen müsste. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Arbeiterklasse tief bewusst und hat ihre Beschlüsse aus dieser Verantwortlichkeit heraus gefasst. Die ungeheuren Gefahren, mit denen eine Diktatur, gestützt auf die extreme Rechte die Arbeiterschaft bedroht, dürfen nicht leicht gewogen und leichtherzig beiseite geschoben werden! Das demokratische Recht des Volkes, seiner Organisationen, seiner Presse, sein Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung des Staatswillens sind untrennbar verknüpft mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse. Wer diese Rechte und Errungenschaften dem Zugriff einer arbeitgeberfeindlichen Diktatur überlassen wollte, würde sich schwer an den Interessen der Arbeiterschaft versündigen!

Wohl würde die Kraft der Arbeiterklasse auch aus einer derartigen Machtprobe am Ende siegreich hervorgehen - aber das ganze Volk und vor allem sein arbeitender Teil müsste die Durchbrechung der Demokratie, den Raub der demokratischen Volksrechte, ein Regime der Willkür und der Unterdrückung bezahlen mit den Folgen eines wirtschaftlichen Chaos, gegen die die Notzustände von heute noch zurücktreten würden.

Diese unheilvolle Entwicklung zu verhindern, den Aufstieg aus der Krise anzubahnen, das ist es, was die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erstrebt. Ihre Taktik ist nicht die der Katastrophe und der Abenteuer und der politischen Selbstausschaltung. Sie ist die der verantwortungsbewussten und zielsicheren politischen Arbeit. Für die Interessen des arbeitenden Volkes, für die Sicherung der Demokratie, für den Aufstieg aus der Not - das sind die Gesichtspunkte, nach denen die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu handeln gedenkt.

SPD. Paris, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der bisherige Generalgouverneur von Algerien, Bordes, ist am Freitag von der Regierung in den Ruhestand versetzt worden. Bordes hatte sich mit Erfolg um die soziale Hebung und materielle Besserstellung der eingeborenen Bevölkerung bemüht, war aber durch diese Politik mit dem Grossgrundbesitz, den Finanz- und Kolonialgesellschaften in Konflikt geraten. Er wird durch den bisherigen Gouverneur von Westafrika, Zardes, ersetzt werden.

SPD. Die aus den Wahlen vom 14. September hervorgegangene Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags trat am Freitag-Vormittag um 10 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen, Die Beratungen, die ausschliesslich der politischen Lage gewidmet waren und mehrere Stunden in Anspruch nahmen, endeten mit der Annahme folgender Entschliessung :

"Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus ihre erste Aufgabe.

Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen.

Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zertrümmerung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung aller sozialen Fragen vorgaukeln.

Sie ist bedroht durch die kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen Sozialreaktion und Faschismus erschwert.

Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben. Die Krise kann nicht gelöst werden durch Verminderung der Kaufkraft der Massen, sondern nur durch Arbeitsbeschaffung. Ebenso unerlässlich ist der Kampf der Fraktion im neuen Reichstag zur Herbeiführung eines Notgesetzes über eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, die es ermöglicht, die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen.

Die politische Unsicherheit birgt die Gefahr ernster politischer Verwicklungen in sich. Sie hat die Flucht des deutschen Kapitals gesteigert und hindert den Zustrom ausländischen Kapitals, Sie verschärft die Wirtschaftskrise. Nur die Sicherung eines streng verfassungsmässigen Regierens ermöglicht die notwendige Arbeitsbeschaffung zur Milderung des wirtschaftlichen Niederganges.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unter Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen für die Sicherung der parlamentarischen Grundlage und für die Lösung der dringendsten finanzpolitischen Aufgaben eintreten.

Die Sozialdemokratie hält an den Grundsätzen der bisherigen Aussenpolitik fest, die zur Befreiung des Rheinlandes und zur Herabsetzung der Reparationslasten geführt hat. Sie lehnt alle aussen- und handelspolitischen Experimente ab, die die wirtschaftlichen Beziehungen stören und zu einer neuen akuten Verschärfung der Krise führen würden.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit grösster Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf ausserhalb des Parlaments mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen."

SPD. Braunschweig, 3. Oktober (Eig. Dr.)

Die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung des Landes Braunschweig hat auf den Kredit des Landes den erwarteten schlechten Eindruck gemacht. Die Braunschweigischen Staatsanleihen werden neuerdings an der Börse am schlechtesten von allen Anleihepapieren deutscher Länder bewertet. Die 8 prozentigen deutschen Staatsanleihen stehen wie folgt im Kurse: die Braunschweigische Staatsanleihe 87 3/8, hessische 89,75, Lübeckische 92,75, Mecklenburgische 88.

SPD. Haag, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Unterschriften unter die sozialdemokratische Petition gegen das Flottengesetz hat die erste Million bereits überschritten. Zahlreiche Listen stehen noch aus, sodass die Zahl der Unterschriften des Jahres 1923 - damals handelte es sich ebenfalls um die Abwehr einer Flottenvorlage - aller Voraussicht nach überschritten werden wird. 1923 petitionierten die Katholiken mit, während sich die grosse Katholische Staatspartei jetzt für die Flottenvorlage einsetzt.

SPD. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Freytagh-Loringhoven hatte den Abgeordneten Scheidemann um die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ersucht. Scheidemann hat es abgelehnt, diesem Ersuchen zu entsprechen, weil für den Fall der Einberufung "mit dem Protest aller übrigen bisher im Auswärtigen Ausschuss vertreten gewesenen Parteien gerechnet werden muss, ausserdem auch der neue Reichstag Einspruch erheben würde, wenn unmittelbar vor seinem Zusammentritt noch eine Kommission der bisherigen Parlamentarier aktiv werden wollte."

SPD. Liegnitz, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Von der Liegnitzer Regierung erfährt der Vertreter des "Soz. Pressedienst" dass zwischen dem Deutschen Reich und der tschechoslowakischen Republik ein Vertrag über Grenzwasserläufe und einen Gebietsaustausch an der preussischen Strecke der deutsch-tschechoslowakischen Grenze unterzeichnet worden ist. Der Vertrag sieht vor, dass, soweit die deutsch-tschechische Grenze auf preussischer Strecke in einem Wasserlauf (Grenzwasserlauf) verläuft, sie durch die Mittellinie des Wasserlaufs gebildet wird. Ferner ist an verschiedenen Stellen der preussischen Strecke ein Gebietsaustausch vorgesehen. Der Vertrag soll vier Monate nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Die Vorbereitungen für die Ratifikation auf deutscher Seite sind noch im Gang, sodass mit dem Austausch der Urkunden erst gegen Ende dieses Jahres zu rechnen ist. Da es aber aus finanziellen und technischen Gründen nötig ist, die Feldarbeiten zur Festlegung der neuen Grenze bis zum Spätherbst zu beenden, wird die Vermarkung der neuen Grenze bereits jetzt durchgeführt werden.

SPD. Reichstagspräsident Löbe gibt als Präsident des Reichstags der vierten Wahlperiode bekannt: auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Montag, dem 13. Oktober 1930, 15 Uhr zusammentreten.

SPD. In den "Volkskonservativen Stimmen" des Reichsministers Treviranus vom 4. Oktober lesen wir in einer Betrachtung über das Arbeitsprogramm der Regierung u.a. folgendes :

"Das Programm enthält nicht das von der Regierung bereits bekanntgegebene Arbeitsbeschaffungsprogramm, das man im Grunde dazu rechnen muss. Ferner ist bemerkenswert, dass ein Gesetzentwurf vorbereitet wird, wonach der Reichskommissar für die Osthilfe ermächtigt werden soll, in den von der Osthilfe zu be-treuenden Gebieten Arbeitslose entsprechend der Höhe ihrer Unterstützungssätze zu Arbeiten heranzuziehen, die aus öffentlichen Mitteln vorgenommen werden. Es würde sich also erstmalig um die Einführung einer, wenn auch vorläufig eng be-grenzten Arbeitsdienstpflicht handeln."

SPD. Angora, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die türkische Kammer sprach der neuen Regierung Idmed Pascha mit 249 gegen 12 Stimmen ihr Vertrauen aus. Ismed Pascha kündigte im Verlauf einer Debatte die Fortführung seiner bisherigen Politik an und versprach eine weitgehende Steuerreform.

SPD. Der Reichskanzler setzte am Freitag die Besprechungen mit den Parteiführern fort. Empfangen wurden der Abgeordnete Scholz von der Volkspartei und Vertreter der Christlich-Sozialen. Die Nationalsozialisten und Deutschenationalen sind zu Sonnabend geladen.

SPD. Paris, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Über den Verlauf des am Freitag im Elysée abgehaltenen grossen Ministerrats, dem ersten nach den Reichstagswahlen, der Völkerbundtagung und dem Frühstück in Bar-Le-Duc, ist, wie immer in derart wichtigen Fällen, nur ein knappes recht nichtssagendes Kommuniqué ausgegeben worden. Es heisst darin lediglich, dass Briand und Handelsminister Flandin über die Genfer Tagung Bericht erstattet haben, und dass ihnen "für die glückliche Art, wie sie die französische These verteidigt haben, der Ministerrat gedankt hat".

Diese trockene Formel lässt vermuten, dass der Dank nicht gerade heiss gewesen ist. Sie lässt ausserdem die sonst übliche Betonung der Einstimmigkeit der Dankesbezeugung vermissen und aus gut unterrichteten Kreisen erfährt man, dass es tatsächlich zu recht heftigen Zusammenstössen zwischen Briand und Tardieu gekommen sei. Briand habe sich aufs entschiedenste dagegen verwahrt, dass das nationalistische Kesselstreben gegen seine Politik durch das Verschwörerfrühstück von Bar-Le-Duc begünstigt und ermutigt worden sei. Auch soll Briand keinen Zweifel darüber gelassen haben, dass er entschlossen sei, sich vor dem Parlament und dem Lande bis aufs äusserste zur Wehr zu setzen, falls man ihn wirklich zum Kampf zwingen sollte. Die grosse Frage ist nur, ob Briand noch die Möglichkeit erhalten wird, an das Parlament zu appellieren. Gerade um ihr auszuweichen haben die Verschwörer von Bar-Le-Duc den Plan geschmiedet, Tardieu noch vor dem Wiederzusammentritt des Parlamentes freiwillig demissionieren zu lassen. So will man verhindern, dass Briand sich abermals ein Vertrauensvotum des Parlaments verschafft, wie es ihm in all den Jahren seit dem Abschluss des Locarno-Vertrages trotz aller Quertreibereien immer wieder gelungen ist.

SPD. Der Preussische Staatsrat gab am Freitag den Ausführungsbestimmungen der preussischen Regierung zu der Notverordnung des Reichspräsidenten seine Zustimmung. Angenommen wurde ferner ein Antrag der deutschnationalen-volksparteilichen Arbeitsgemeinschaft, die preussische Regierung zu ersuchen, die Verhandlungen mit der tschechischen Schuhfabrik Bata über den Verkauf des Klodnitzer Waldes nicht weiterzuführen.

SPD. Der Streit, der zwischen den Demokraten und der Volksnationalen Vereinigung wegen der Staatspartei entbrannt ist, hat nunmehr auch Herrn Mahraun vom "Jungdeutschen Orden" auf den Plan gerufen. Er schreibt in dem Blatt seiner Organisation:

"Die jungdeutsch-volksnationale Bewegung ... kann sehr wohl neue politische Kampfbindnisse eingehen; sie ist sich aber auch ihrer Verantwortung

bewusst, keineswegs leichtfertig etwa überständig gewordene Bündnisse über Bord zu werfen. Sollte es dennoch notwendig werden, so ist es selbstverständlich, dass notwendige Kündigungen und Lösungen in ritterlichster Form durchgeführt werden."

Diese offene Drohung, die kaum 8 Wochen währende Ehe mit den Demokraten zu kündigen, bestätigt, dass die Staatspartei längst nicht jenes geschlossene Gebilde ist, als das es ihre Agitatoren immer wieder hinstellen beliebten. Tatsächlich geht durch die Staatspartei seit ihrer Gründung ein Riss, der angesichts der Meinungsverschiedenheiten wirtschaftlicher und politischer Art zwischen den republikanischen Demokraten und den schwarz-weiss-roten Volksnationalen wohl niemals überbrückt werden dürfte. Man kann es deshalb verstehen, wenn die "Volksnationalen" inzwischen zum Zwecke einer neuen Vermählung Fühler zu den Christlich-Sozialen und den Konservativen ausgestreckt haben, während man in demokratischen Kreisen wieder eifrig dabei ist, mit der Volkspartei unter einen Hut zu kommen.

SPD. Genf, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes hörte am Freitag eine ergreifende Ansprache des Vorsitzenden Titulescu auf Stresemann. Ein Jahr nach seinem Tode sei Deutschlands grosser Staatsmann dem Völkerbund noch unvergesslicher geworden. Sein Werk brauche er nicht zu erwähnen, es sei im Besitz der gesamten Menschheit. Stresemann habe die grosse Gabe gehabt, in den Verhandlungen auch den gegensätzlichen Standpunkt zu verstehen, er sei ein loyaler Diener Deutschlands und des Völkerbundes gewesen.

Graf Bernstorff dankte Titulescu in herzlichen Worten.

SPD. Wien, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Bundesführung der Heimwehr hat einen auch von dem Innenminister unterschriebenen Aufruf erlassen, in dem angekündigt wird, dass die Heimwehr unter dem Namen eines Heimatblocks unabhängig von jeder politischen Partei in allen Bundesländern in den Wahlkampf ziehen werde und sie sich auch durch eine "rote Mehrheit" das Steuer des Staates nicht werde entwinden lassen. Am Freitag erklärte Starhemberg nun, dass der Aufruf missverstanden worden sei. Durch die Gründung des Heimatblocks sei in keiner Weise die Taktik für die Wahlen festgelegt und es sei lächerlich und falsch, darin einen Schlag gegen die christlich-soziale Partei zu sehen. Ebenso bestreitet er, dass in dem Aufruf Putsch-Absichten geäußert würden. Demgegenüber sind dem christlich-sozialen "Neuigkeitssweltblatt" Mitteilungen aus Heimwehrkreisen zugegangen, nach denen die Interpretation des Ministers Starhemberg unrichtig ist.

Der republikanische Schutzbund erlässt einen Aufruf, in dem erklärt wird, dass die Arbeiterklasse die Verfassung und die Rechtsordnung verteidigen werde. Sie werde stark genug sein um zu verhindern, dass faschistische Narrenstreiche das Volk in ein neues unermessliches Unglück stürzten. "Wer es wagt, so heisst es zum Schluss des Aufrufs, das österreichische Volk in seiner demokratischen Selbstbestimmung zu hindern, der wird auf den Widerstand der Schutzbündler stossen."

SPD. Weimar, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf eine Anfrage des Reichsinnenministers Dr. Wirth an die Thüringer Regierung, was Thüringen zur Ausführung des Urteils des Staatsgerichtshofes wegen der Schulgebete veranlasst habe, hat die Thüringer Regierung jetzt ge-

antwortet, dass sie den entscheidenden Teil des Urteils im Amtsblatt veröffentlicht habe. Dazu ist zu bemerken, dass von einer Zurücknahme der beanstandeten Schulgebete in der Bekanntmachung jedoch nicht die Rede ist.

SPD. Tokio, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der japanische Marineminister Admiral Takarabe ist zurückgetreten. Takarabe war der zweite japanische Delegierte auf der Londoner Flottenkonferenz, deren Ergebnisse auf den stärksten Widerstand der japanischen Flottenoffiziere gestossen sind.

SPD. Paris, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die organisierten Bäcker des Seine-Departements haben jetzt nochmals die dringende Forderung nach einem wöchentlichen Ruhetag, den alle anderen Arbeiter geniessen, aufgestellt. Desgleichen haben die Bäcker die Aufhebung der Nachtarbeit verlangt, sowie eine Angleichung der Löhne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten.

SPD. London, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit tagende britische Reichskonferenz hat eine Reihe von Unterkommissionen eingesetzt, darunter einen Ausschuss, der die Frage der Abrüstung prüfen und entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll. Eine am kommenden Mittwoch stattfindende Plenarsitzung wird sich zum erstenmal mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Mutterland und seinen überseeischen Staaten beschäftigen.

SPD. Das englische Luftschiff R 101 wird - wie uns aus London gemeldet wird - in der Nacht zum Sonntag zu einer Ägypten-Indien-Fahrt starten.

SPD. Prag, 3. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Grund der gegen 96 tschechische Faschisten erhobenen Hochverratsanklage ist darin zu suchen, dass die Leitung der tschechischen Faschistischen Partei mit reichsdeutschen Hitlerleuten und italienischen Faschisten über die Frage verhandelt hat, was die ausländischen Faktoren tun würden, wenn in der Tschechoslowakei das faschistische Regime zur Herrschaft käme. Der ehemalige General Gajda und seine Anhänger haben Reisen nach Deutschland und Italien unternommen. Ferner sind Hakenkreuzler aus Deutschland und italienische Faschisten in Prag gewesen. Mitglieder der faschistischen Partei haben der Staatsanwaltschaft von diesen Verhandlungen Mitteilung gemacht.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

W. A. s s aller Welt

Bestien!

Der "Hakenkreuz=Ali" vor den Geschworenen.

SPD. Sechs Nationalsozialisten stehen vor dem Schwurgericht III in Berlin=Moabit, das unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Friedmann tagt. Die sechs, eine wirklich schöne Galerie bewährter Hitlergestalten, haben am 28. Juli in der Laubkolonie "Daheim" in Nordend bei Berlin=Pankow den Arbeiter Rasseck aufgelauert, ihn niedergeschlagen und unter beispiellos viehischen Miss-handlungen buchstäblich zu Tode geprügelt. Als die Frau des Ueberfallenen ihrem Mann zu Hilfe eilte, schlugen die Entmenschten mit Schlagringen und Stöcken auf die Frau, die in diesem Prozess als Nebenklägerin zugelassen ist, ein, bis sie zusammenbrach. Das Motiv der Tat wird in privaten Streitigkeiten vermutet, doch sollen auch politische Beweggründe mitsprechen, da Rasseck den nationalsozialistischen Mordbuben als "Marxist" verschrien war.

Der Schwur am Wessel=Grab.

Typisch dafür, wie das Hakenkreuzgesindel arbeitet, ist die Vorbereitung der schrecklichen Tat. Der Angeklagte Aschbrenner, eine äusserst dunkle Erscheinung, warb die andern fünf zu dem Ueberfall an. Aschbrenner wollte sich rächen, weil, wie er angibt, Rasseck seinen Schwiegervater beleidigt hat. Die sechs Helden versammelten sich vor ihrer Tat am Grabe des ermordeten Nazi=Sturmtruppenführers Horst Wessel, wo sie das feierliche Gelübde ablegten, ihrem Opfer mit nationalsozialistischer Gründlichkeit zuzusetzen, worauf die sechs Strauchritter erst noch einmal eine Mollé trinken gingen. Am späten Abend legten sich die Mörder vor der Kolonie Daheim auf die Lauer. Als Rasseck ahnungslos des Weges kam, sprang ihn die Meute unter Rufen wie: "Da, du Schein, jetzt kommt die Quittung!" und "Drauf auf den Hund!" von allen Seiten an, Rasseck, ein kräftiger Mann, wurde niedergeschlagen und mit den Fäusten aufs unmenschlichste bearbeitet. Nach etwa zwei Minuten liessen die Unholde von ihrem Opfer ab, kehrten aber zurück, als sie sahen, dass Rasseck sich noch kriechend fortbewegen konnte. Nun stachen sie mit ihren Messern auf den Unglücklichen ein, der dann auch blutüberströmt und besinnungslos liegen blieb. Ein Stich hatte die Lunge getroffen, Rasseck verblutete innerhalb ganz kurzer Zeit.

Das Hakenkreuz=Panoptikum.

Abstossend ist, wie die Angeklagten sich gegenseitig zu belasten suchen und in der unmännlichsten, erbärmlichsten Weise Lügen über Lügen häufen, um sich reinzuwaschen. Von den sechs Angeklagten ist wohl Aschbrenner, der Anstifter, der Uebelste. Aschbrenner ist aktiver Nationalsozialist, war früher Mitglied des Freikorps Lützow und betätigte sich dann als Betriebsspitzel in einem Berliner Werk. Sieht so ein Germane mit Totschlägermeriten aus?! Ein kleines, dürres verkiffenes Männchen mit böseartig=lauerndem Blick, dürrer, spinnenartigen Händen und einer provozierend=mokanten Stimme, die sich zu überschlagen droht, wenn der Angeklagte in Erregung gerät. Man sieht diesem Strandgut der politischen Unterwelt an, dass Hopfen und Malz an ihm verloren ist. Keine Spur von Reue spricht aus der harten gefühllosen Stimme, wenn Aschbrenner, beleidigt wie die verfolgte Unschuld, vorwurfsvoll losschwadroniert. Die Lügenhaftigkeit ist bei ihm zur Virtuosität entwickelt. Er besitzt sogar die Stirn, dem Untersuchungsrichter Zimmer, der die Voruntersuchung mit aller Korrektheit und Loyalität geführt hat, den Vorwurf mangelhafter, ja gefälschter Protokolle zu machen. Der Untersuchungsrichter wird gerufen und schon nach Sekunden ist Aschbrenner als ein Verleumder entlarvt, der ebenso skrupellos mit der Wahrheit umgeht, wie mit dem Le=

ben seiner Mitmenschen. Wenn man Aschbrenner den Ali Höhler der Hakenkreuzfakultät nennen will, so gebietet doch die Gerechtigkeit, festzustellen, dass jener "Ali", der den Studenten Wessel erschoss, bestimmt um einige Grade menschlich sympathischer wirkt als dieser ehemalige Freischärler und Betriebsspitzel. Eine recht feine Nummer ist auch der ehemalige Kappist Diez, der Rasseck die ersten Schläge versetzt haben soll. Offenbar schwachsinnig ist der Angeklagte Nimmer. Ein junger Mensch mit einem gewalttätigen Gesicht und fahrigem Gesten, der an einem Sprachfehler leidet und äusserst verschwommene Angaben macht.

"Das Weib wird auch gekillt!"

Dramatisch gestaltet sich die Vernehmung der Frau des Ermordeten, die nur stossweise von ständigem Schluchzen unterbrochen, sprechen kann. Frau Rasseck berichtet, wie plötzlich die sechs aus dem Hinterhalt und aus Erdverstecken auf ihren Mann lossprangen und ihn mit Fäusten und Schlagringen niederschlugen. Als die entsetzte Frau ihrem Mann zu Hilfe eilte, warfen sich die Rohlinge auch auf sie und schlugen sie blutig. Sie bekam Fusstritte und rollte zu Boden geworfen, eine Böschung hinunter. "Alls sechs waren über meinen Mann her und schlugen wie besessen auf ihn ein -" berichtet Frau Rasseck mit weinender Stimme. "Von den Leuten wurde mir die Handtasche entrissen. Ich rief "Hilfe, Arthur" und hörte nun auch meinen Mann schreien: "Hilfe, mein Gott, sie schlagen mich ja tot!" Dann stürzte die Bande hinter mir her und versuchte mich ebenfalls zu erschlagen. Einer rief: "Das Weib wird auch noch gekillt." Es gelang mir dann in die Kolonie zu entkommen. Die sechs Mörder flüchteten nun". Die Zeugin begibt sich dann auf ihren Platz zurück und bricht in einen minutenlangen Weinkrampf aus.

Menschen oder Bestien?

Eine andere Zeugin, die ebenfalls in der Kolonie "Daheim" wohnt, hat gesehen, wie unmenschlich die nationalsozialistischen Rowdies mit dem Arbeiter Rasseck umgesprungen sind. Die Zeugin beobachtete, wie die Nazis den Schwerverletzten ergriffen und ihn mit aller Wucht mit dem Gesicht auf die Erde stiessten. Dann hörte sie einen furchtbaren, dumpfen Aufschrei des Misshandelten und sah zugleich ein Messer in der Hand eines der Angreifer blitzen. Den Schrei wird Rasseck wohl ausgestossen haben, als ihn der tödliche Lungenstich traf. Die Verhandlung, die ein erschütterndes Bild menschlicher Verrohung offenbart und die drastisch beweist, welche Individuen in der NSDAP Unterschlupf finden, wird mehrere Tage dauern.

+ + +

Zusammenbrechende Kleinbürger.

Das Attentat der Architektenfrau. - Entsicherter Revolver mit sieben Schüssen. Sie wartet nicht länger -! - Soziales Wetterleuchten. -

Im Gebäude der Preussischen Bau- und Finanzdirektion in der Passauerstrasse 39 in Berlin erscheint, anscheinend hochgradig erregt, eine junge Frau und verlangt in dringendem Tonfall den Vizepräsidenten Dr. Kühn zu sprechen. Dr. Kühn ist aber nicht anwesend, da er an der Einweihung des Pergamontmuseums teilnimmt. Während die Frau sich mit einigen Beamten unterhält, erscheint Dr. Kühn in Begleitung eines Herrn. Die Frau stürzt hinter ihm her und dringt in sein Zimmer ein. Als Dr. Kühn sie erstaunt ansieht, schreit sie ihm in höchster Erregung entgegen: "Ich will endlich Antwort auf meine Eingabe vom 27. August! Ich warte nicht länger!" In diesem Augenblick zieht die Frau, jede Besinnung verlierend, einen Revolver und legt auf den Vizepräsidenten an. Sie kommt jedoch nicht zum Schuss, da ein zufällig im Zimmer anwesender Herr sofort zuspringt und der Rasenden die Arme zusammendrückt. Inzwischen wird die Polizei geholt, die die Frau festnimmt. Der Revolver, den sie bei sich führte, war mit sieben Schuss geladen und entschert.

+

Das hört sich fast wie der Vorwurf zu einem Filmdrama an, ist jedoch nur ein nüchterner Bericht der Tatsachen. Die Frau, die den zum Glück gescheiterten Revolveranschlag versuchte, ist eine 35jährige Frau Marie Baake, deren Mann bis vor Jahresfrist Angestellter der Preussischen Bau- und Finanzdirektion in der Invalidenstrasse war. Er wurde jedoch entlassen, weil seine Leistungen wenig zufriedenstellend waren. Später gründete Baake ein kleines Baugeschäft und blieb eine Zeitlang mit der Preussischen Finanz- und Baudirektion in Verbindung, bis kürzlich die Beziehungen gelöst wurden. Nun bombardierten Baake und seine Frau die Behörde mit Briefen und Eingaben, die mit Beleidigungen gespickt waren. Frau Baake ist bereits wegen Beleidigung des Präsidenten Mosshacke unter Zubilligung mildernder Umstände verurteilt worden. Die Not des Ehepaares steigerte sich von Tag zu Tag. Mit der zunehmenden Not wuchs die Erbitterung. Unter dem Druck ihrer schwierigen Lage, scheint Frau Baake vollständig die Nerven verloren zu haben. Bis sie jetzt, nur noch ein Wrack, mit dem entsicherten Revolver zur Tat schritt. - - -

+ + +

Einweihung eines Stresemann-Denkmal. Auf dem Luisenstädtischen Friedhof in der Bergmannstrasse in Berlin fand am Freitag mittag die feierliche Enthüllung des von Professor Lederer geschaffenen Denkmals für Gustav Stresemann statt. Ausser den Herren Schiele und Treviranus hatte sich die gesamte Reichsregierung auf dem Friedhof eingefunden. Dr. Wirth hielt die Ansprache und feierte Stresemann als einen Kämpfer des Friedens, dessen Verständigungspolitik zur Befreiung des Rheinlandes geführt habe. Das Denkmal Lederers besteht aus einer Säule mit einer schweren Sandsteinwand im Hintergrund und trägt nur die Worte "Gustav Stresemann". Neben zahlreichen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten nahmen die Geschäftsträger Englands, Frankreichs und Italiens an dem Einweihungsakt teil.

+ + +

Zuchthaus für einen Taschendieb. Das Landgericht Dresden verurteilte den berüchtigten internationalen Taschendieb Josef Eyck zu drei Jahren und einem Monat Zuchthaus. Während der Urteilsbegründung ergriff Eyck den Federhalter des Vorsitzenden und stiess sich mit ihm in die Herzgegend, allerdings ohne sich erheblich zu verletzen. Eyck wurde gefesselt in das Gefängnis getragen.

+ + +

Grossfeuer. Auf dem Gut Buchenau in der Neumark brach ein Grossfeuer aus, das ausser dem Wohnhaus auch einen grösseren Teil der Wirtschaftsgebäude vernichtete. Die Grossmutter des Besitzers kam in den Flammen um. Auch ein Kind wurde lebensgefährlich verletzt.

+ + +

Das Ueberfallkommando im Arbeitsgericht. Im Berliner Arbeitsgericht in der Zimmerstrasse kam es am Freitag vormittag im Verlauf einer Sühneverhandlung zu grossen Skandalszenen. Ein Arbeiter hatte seine beiden Chefs verklagt, die sich dann bei der Verhandlung selbst in die Haare gerieten. Die Beschimpfungen setzten sich nach dem Verlassen des Sitzungszimmers fort. Schliesslich gingen die rabiaten Chefs zu Tätlichkeiten über und schlugen unter wildem Gebrüll mit den Fäusten aufeinander ein. Der klagende Arbeiter, der versuchte, sich als Friedensengel zu betätigen, wurde von den rasenden Chefs zur Seite gestossen. Schliesslich musste das Ueberfallkommando alarmiert werden, um die prügelwütigen Arbeitgeber auseinanderzubringen. Der eine hatte so erhebliche Verletzungen davongetragen, dass er zur Unfallstelle gebracht wurde.

+ + +

Verkehrsflugzeug verbrannt. Bei Carbel (Frankreich) stürzte ein Verkehrsflugzeug ab. Die vier Insassen, darunter eine Frau, fanden in dem brennenden Flugzeug den Tod.

+ + +

Verunfallter Lastwagenzug. In der Nähe von Wetzlar stürzte ein Lastwagenzug aus Thüringen, der etwa 20 Tonnen Heizkörper geladen hatte, in die Lahn. Die beiden Führer, die im Führerhäuschen eingeschlossen waren, blieben wie durch ein Wunder unverletzt und konnten gerettet werden.

+ + +
Schacht=Explosion. Bei der Ausführung von Reparaturarbeiten an einer Gasleitung ereignete sich auf den Paffberg=Schächten in Repelen bei Moers aus bisher noch nicht geklärter Ursache eine heftige Explosion. Sechs Arbeiter wurden schwer verletzt.

+ + +
Frau Pfarrer Schenk zusammengebrochen. Wie aus dem Frenzel=Prozess durchsickert, ist die Frau des Pfarrers Schenk, eine der Hauptbelastungszeugen, seelisch völlig zusammengebrochen. Die Sache des Angeklagten Frenzel steht bis jetzt durchaus günstig. Von den bisher vernommenen 48 Zeugen haben manche ihre in der ersten Verhandlung gemachten Aussagen in einem für Frenzel günstigen Sinne korrigiert. Ein neuer Antrag der Verteidigung, die Presse zuzulassen, wurde vom Gericht abgelehnt.

+ + +
Brennende Radio=Fabrik. In einer Radio=Kopfhörerfabrik in Berlin entstand ein Brand, der den gesamten Fabrikraum vernichtete. Der Betrieb ist völlig lahm gelegt.

+ + +
Aus dem Flugzeug gesprungen. Auf der Strecke Hamburg=Hannover sprang ein Flugzeugpassagier namens Paul Keppler aus dem Flugzeug. Ein zweiter Mitreisender, der den Selbstmörder von seiner unseligen Tat abhalten wollte, griff zu spät ein. Der völlig verstümmelte Leichnam wurde später auf freiem Felde gefunden.

+ + +
Jagd auf Autodiebe. Nach einer wilden Jagd durch ganz Bremen über Delmenhorst bis nach Wildeshausen gelang es zwei berüchtigte Autodiebe, die Brüder Genat aus Berlin festzunehmen. Die Diebe, die von einem ganzen Autodroschenpark gejagt wurden, rasten schliesslich mit Vollgas in einen Sumpf und konnten so gestellt werden.

+ + +
Opfer eines tollwütigen Hundes. In Olmütz (Oldenburg) war ein Arbeiter auf dem Wege vom Standesamt von einem tollwütigen Hund gebissen worden. Als er am Tage der Hochzeit vor dem Altar stand, stürzte der Unglückliche mit allen Anzeichen der Tollwut zu Boden und musste vor den Augen seiner Braut ins Irrenhaus gebracht werden.

+ + +
Die diebische Millionärin. Vor dem Schöffengericht Berlin=Tempelhof hatte sich die bereits sechsmal vorbestrafte 30jährige Frau Nelly P. wegen gewerbmässigen Taschendiebstahls zu verantworten. Der Angeklagten, die Millionärin sein soll, wurde der § 51 zugebilligt, da der Gerichtssachverständige ausführte, dass die Diebin krankhaft veranlagt sei und daher für ihre Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne.

+ + +
Selbstmord eines Untersekundaners. In einem Walde bei Meseritz erhängte sich der 18jährige Untersekundaner Perschke. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, dass Perschke aus Furcht, nicht die Reife für Obersekunda zu erhalten, in den Tod gegangen ist.



Betriebsrat und Lohnsenkung.

Wann gilt das Arbeitsverhältnis als unterbrochen?

SPD. Vor dem Dortmunder Arbeitsgericht kam ein Rechtsstreit zur Austragung, der in der durch die Unternehmer provozierten Lohnsenkungsaktion allgemeine Bedeutung haben dürfte. Die Firma Both und Dillmann hatte nämlich im Zusammenhang mit der Lohnsenkungsaktion innerhalb der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie ihre sämtlichen Betriebsratsmitglieder fristlos wegen angeblicher beharrlicher Arbeitsverweigerung entlassen. Dagegen wurde eine Klage auf Feststellung anhängig gemacht, dass das Arbeitsverhältnis zu der Firma nicht unterbrochen sei, sondern fortbestehe.

Den gekündigten Arbeitern war es seinerzeit freigestellt worden, ob sie zu neuen, von der Firma festgesetzten Akkordsätzen weiter arbeiten wollten oder nicht. Die Belegschaft lehnte jedoch die Arbeitsaufnahme ab, Die Betriebsräte bemühten sich nun, eine Betriebsratssitzung zustande zu bringen, in der man eine Einigung mit der Betriebsleitung versuchen wollte. So weit kam es aber nicht, weil über die Betriebsratsmitglieder die fristlose Entlassung verhängt wurde und zwar wegen Verstosses gegen die Arbeitsordnung: sie hätten es unterlassen, die Kontrollkarten stechen zu lassen.

Die Kläger beriefen sich auf den § 66 des Betriebsrätegesetzes und machten geltend, dass sie sich bei dem Verstoß gegen die Arbeitsordnung in Ausübung der ihnen als Betriebsratsmitglieder obliegenden Pflichten befunden hätten. Sie hätten es für ihre erste Pflicht gehalten, für die Beilegung des Konfliktes zu sorgen. Die beklagte Firma behauptet demgegenüber, Grund zur fristlosen Entlassung gehabt zu haben, weil die Kläger entgegen den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes § 66 anstatt den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, die Belegschaft zur Nichtaufnahme der Arbeit aufgefordert hätten.

Das Dortmunder Arbeitsgericht verurteilte die Firma gemäss dem Klageantrag der Betriebsratsmitglieder. Die Firma legte beim Landesarbeitsgericht Berufung ein. Diese wurde verworfen. Auch das Berufungsgericht vertrat die Ansicht, die Kläger seien zur Arbeitsaufnahme nicht verpflichtet gewesen, weil die Firma entgegen den tariflichen Bestimmungen den Akkordsatz einseitig festgesetzt habe. Eine beharrliche Arbeitsverweigerung hätte nur dann vorgelegen, wenn den Klägern, also den Betriebsratsmitgliedern, die Arbeit unter den Bedingungen des allgemeinen Tarifvertrags, nämlich im Stundenlohn angeboten worden wäre. Das sei nicht der Fall. Damit entfalle jeglicher Grund zur fristlosen Entlassung. Das Arbeitsverhältnis gelte als nicht unterbrochen.

SPD. Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in Stettin hat erneut Feststellungen getroffen, die die Ausländerbeschäftigung in der deutschen Landwirtschaft in ihrem heutigen Umfang als einen unhaltbaren Zustand erscheinen lassen.

So wurden von dem Rittergutsbesitzer von der Osten, Schloss Penkun, am 6. September 7 deutsche Arbeiter "wegen Mangel an Arbeit" entlassen. Zu derselben Zeit beschäftigte der Besitzer 28 ausländische Wanderarbeiter. Das sind 3 mehr, als ihm bewilligt wurden. Ferner ist beachtlich, dass er in dem Antrag

auf Ausländerbewilligung von 300 Morgen Zuckerrübenanbaufläche sprach, in Wirklichkeit aber nur 100 Morgen bebauen liess.

Die Gutsbesitzerin Hela von Ziethen in Radewitz hat sich ähnlich eingestellt. Sie gab am 8. September 5 deutschen Arbeitskräften die Entlassungspapiere "wegen Arbeitsmangel". Andererseits fand sie nichts dabei, zu derselben Zeit in ihrem Betrieb 17 ausländische Wanderarbeiter zu beschäftigen. Die Zuckerrübenanbaufläche ist 98 Morgen gross, während in dem Antrag auf Ausländerbewilligung von 130 Morgen die Rede ist.

Auf eine Beschwerde beim Arbeitsamt erhielt der Deutsche Landarbeiter-Verband die Mitteilung, dass in Radewitz nicht eingegriffen werden kann, da gegen die 5 Entlassenen ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht schwebt. Mit Recht fragt die Gauleitung des Verbandes in Stettin das Landesarbeitsamt, was das Arbeitsamt mit der Klage vor dem Arbeitsgericht zu tun hat? Sonderbar ist auch die weitere Mitteilung des Arbeitsamtes, es habe trotz der Feststellung, dass die Grösse der Rübenanbaufläche nicht den Angaben entspricht, keinen Grund zum Einschreiten.

Wann wird das Landesarbeitsamt in Stettin bzw. die Hauptstelle der Reichsanstalt endlich energisch durchgreifen?

SPD. Die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition entfaltet im Ruhrgebiet mit vielem Aufwand eine Streikagitation. In den letzten Tagen haben zahlreiche Konferenzen stattgefunden, in denen kindliche Naivität und wirklichkeitsfremde Phantastereien der Revolutionsliteraten in der kommunistischen Partei sich austobten. Befohlen wurde die sofortige Schaffung von Kampfausschüssen, natürlich mit überparteilicher Besetzung, in denen nicht nur Frauen und Jugendliche, sondern auch Kinder vertreten sein sollen. Diesen Kampfausschüssen, die sich in Kommissionen aufteilen (politische K., Leitungs- und Verbind.-K., Organisations-K., Agitprop.-K., Jugend-K und Literatur-Vertrieb), werden für die geplante Aktion bestimmte Aufgaben zugewiesen. Die anempfohlenen Massnahmen gehen darauf hinaus, die "Massen auf die Strassen zu bringen." Bei den geplanten Demonstrationen sollen auch Frauen und Kinder herangezogen werden. Im übrigen wird die Bildung von Betriebswehren angeregt.

Man könnte von einer lächerlichen Wichtigtuerei der Kommunisten in Rheinland und Westfalen sprechen, wenn es sich nicht um ein frivoles Spiel mit Arbeitern handelte. Die Gefahr eines kommunistischen Streiks im Ruhrgebiet, vor allem im Bergbau, ist nicht gross, da hinter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition nur wenige Leute stehen. Der Berichterstatter des "Sozialdem. Pres.sedienst" meldet dazu: Nach kommunistischer Angabe wird das Organ der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der "Ruhrkumpel", in 10 000 Exemplaren gelesen. Es soll in Zukunft dreimal monatlich, statt wie bisher zweimal erscheinen. An dieser Zahl sind natürlich grosse Abstriche zu machen. Selbst auf den sogenannten kritischen Zechen gelingt es der Revolutionären Gewerkschaftsopposition nicht, nennenswerte Massen der Belegschaft zu einer Versammlung zu bringen. Auf Zeche Hugo versuchte sie mit einem Flugblatt dadurch Stimmung für eine Belegschaftsversammlung zu machen, dass sie angab, ein Bergassessor habe einem Invaliden unsittliche Anträge gemacht und ihn auf seine Weigerung hin wegen Arbeitsmangel entlassen. Selbst diese Lüge brachte von drei grossen Schachtanlagen nur ganze 60 Mann in die Versammlung, wo weitere "Enthüllungen" folgen sollten - aber nicht folgten.

SPD. Im Reichsarbeitsministerium wurde am Freitag über den Berliner Lohnkonflikt verhandelt, dessen Beilegung der Reichsarbeitsminister nicht dem zuständigen Schlichter Wissell überlassen hat. Der Reichsarbeitsminister hat einen Zwangsschlichter, Dr. Völker aus Bremen, eingesetzt,

Sowohl die Auswahl der Unterhändler auf Unternehmerseite als auch der Verlauf der Vorverhandlungen am Freitag zeigten den ganzen Ernst der Situation. Die Tarifparteien sind sich darüber klar, dass von dem Ausgang dieser Verhandlungen nicht nur die zukünftige Entlohnung der 150 000 Berliner Metallarbeiter abhängt, sondern die von Hunderttausenden von Arbeitern in ganz Deutschland. Neben den ständigen Unterhändlern auf der Unternehmerseite waren auch der Vorsitzende des Verbandes Berliner Metallindustrieller Borsig, der zugleich Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller ist, ebenso Generaldirektor Dr. Köttgen vom Siemenskonzern und der als Scharfmacher bekannte Syndikus des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Dr. Lutz erschienen. Die Vorverhandlungen wurden durch den Syndikus des Verbandes der Berliner Metallindustriellen Rechtsanwalt Oppenheimer eröffnet, der überhaupt als alleiniger Wortführer der Metallindustriellen auftrat. Oppenheimer wiederholte noch einmal das, was in den dreimaligen direkten Verhandlungen von ihm bereits vorgetragen worden ist. Seine Hauptargumente waren wieder die gegenüber der Provinz viel zu "hohen" Berliner Metallarbeiterlöhne und die angebliche Konkurrenzunfähigkeit der Berliner Metallindustrie gegenüber dem Ausland. Er stellte vor allem die Uebereinstimmung der Berliner Metallindustriellen mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung in den Vordergrund, das sich auch für eine allgemeine Lohnsenkung "zum Wohle des Ganzen" ausspreche. Die Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Behebung der Arbeitslosigkeit und damit auch im Interesse der Wiederbelebung der Wirtschaft wurde natürlich als kein geeignetes Mittel der Konjunkturbelebung abgelehnt. Auf die Gegenforderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhung einzugehen, lehnten die Metallindustriellen überhaupt ab.

Von den Vertretern der Gewerkschaften wurde den Unternehmern an stichhaltigem Material, das zum grössten Teil aus dem Unternehmerlager stammte, nachgewiesen, welches Doppelspiel sie gegenüber der Öffentlichkeit treiben. Auf der einen Seite schildern sie die Lage ihrer Betriebe grau in grau, wenn es sich aber, wie in dem bekannten Falle Siemens, darum handelt, Geld vom Auslande zu bekommen, werden Bilanzen aufgestellt, in denen von der Not der Metallindustriellen nichts mehr zu erkennen ist. Die Leistungssteigerung der Arbeiterschaft, die zum Beispiel im Osramkonzern seit 1920 über 200% beträgt, berechtigt die Gewerkschaften zu der Forderung, auch dem Arbeiter endlich den Anteil zu gewähren, der ihnen an der Rationalisierung zusteht. Die Lohnkürzung von 15% würde für einen nicht geringen Teil der Berliner Metallarbeiter, die schon seit langer Zeit verkürzt arbeiten, bedeuten, dass sie hart an die Grenze des Existenzminimums gedrängt werden.

Auf die Metallindustriellen, die eine feste Marschroute hatten, machten die unwiderleglichen Ausführungen offenbar keinen Eindruck. Sie liessen die Beredsamkeit ihres Syndikus spielen und sahen nur das eine Ziel vor Augen: Herunter mit den Löhnen um 15%.

Nach zweieinhalbstündigen Vorverhandlungen setzte der Sonderschlichter eine Kammer ein, die auf der Arbeiterseite aus Bredow, Ulrich und Ortman besteht und auf der Unternehmerseite aus den Generaldirektoren Dr. Köttgen, Dr. Kremmner und dem Syndikus des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Dr. Lutz.

=====

SPD.Frankfurt/M.3.Okt.(Eig.Drahtb.)

Der Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes fasste am Freitag folgende Entschliessung: "Während der Beratungen des Bundestages ist die Reichsregierung mit ihrem politischen Programm an die Oeffentlichkeit getreten. Der Inhalt dieses Programms steht in schärfstem Gegensatz zu den vom Bundestag bereits angenommenen Entschliessungen. Statt einer Anerkennung der Verpflichtung des Reiches, die Lebensmöglichkeiten für die Arbeitslosen zu sichern, will die Reichsregierung die Arbeitslosenversicherung und damit die Arbeitslosen selbst ihrem Schicksal überlassen. Statt der dringend notwendigen Förderung des Wohnungsbaus will die Regierung weitere 400 Millionen aus der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau entziehen und auf dem Umwege über eine Realsteuersenkung dem Grundbesitz und der Grosslandwirtschaft zugute kommen lassen. Diese Massnahme bedeutet eine Einschränkung des Wohnungsbaus auf die Hälfte der bisherigen Wohnungsbautätigkeit. Gleichzeitig wird die endgültige Einstellung der Bauförderungspolitik und die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft für einen nahen Zeitpunkt vorbereitet. Schon diese beiden Beispiele zeigen offenkundig, dass der soziale Inhalt der Republik in Gefahr ist. Die Arbeiterschaft wird jede Regierung bekämpfen, die so wie die Regierung Brüning bereit ist, die Interessen des werktätigen Volkes denen des Besitzbürgertums zu opfern. Mit welchen verfassungsrechtlichen Mitteln die Regierung Brüning ihre Pläne verwirklichen will, ist vollständig ungeklärt. Es besteht die grosse Gefahr, dass sie unter Ausserachtlassung der demokratischen Grundsätze mit Hilfe der Diktatur durchgesetzt werden. Eine erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften zum Wohle der werktätigen Bevölkerung ist in einem diktatorisch regierten Staatswesen nicht möglich. Die Erhaltung des demokratischen Volksstaates ist deshalb für die Arbeiterschaft eine unabweissbare Notwendigkeit. Der Bundestag fordert deshalb die Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes auf, sich mit aller Kraft für den Bestand der Demokratie einzusetzen. Stärkt die Gewerkschaften, stärkt die Sozialdemokratie, Kampf allen Feinden der demokratischen Republik."

Der Bundesvorstand, der Bundesausschuss und die Bundesrevisoren wurden dann gemäss den Wahlvorschlägen gewählt.

Vorsitzender Bernhard widmete den ausscheidenden Funktionären und Bezirksvorsitzenden herzliche Worte des Dankes, namentlich dem langjährigen Hauptkassierer Kober, den er mit den Worten ehrte: Wir konnten auf Kober bauen wie auf einen Fels. In seinem Schlusswort führte Bernhard folgendes aus: Die in Frankfurt geleistete Arbeit kann sich sehen lassen. National und international wollen wir weiterarbeiten. Es gilt, Lohnbesserungen und Arbeitsbesserungen zu erzielen. Der Tarifvertrag muss verbessert werden. Nachdem die Form geschaffen ist, muss der Inhalt ausgebaut werden. Es kann eine schwere Zeit kommen. Wir werden uns aber nicht entmutigen lassen. Gerade jetzt hat das Reichsarbeitsministerium einen Antrag des Holzarbeiterverbandes, die bisherigen Löhne für verbindlich zu erklären, abgelehnt (Pfui-Rufe). Die Bildungsarbeit muss gestärkt werden. Es gilt nicht nur gewerkschaftlich tätig zu sein, sondern wir müssen auch für die politische Partei arbeiten, für die sozialdemokratische Partei (Lebhafter Beifall). Der Führer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, hat gesagt, die Vertreter der Wirtschaft müssten aus ihrer Zurückhaltung zurücktreten und müssten sich aktiv an der Politik beteiligen. Das gleiche muss auf unserer Seite geschehen. In der Partei und im Reichsbanner, der Schutzorganisation der Republik, müssen wir tätig sein. Schützt die Republik durch eure Mitarbeit in der sozialdemokratischen Partei!

Die imposante Tagung wurde mit einem Hoch auf die deutsche und internationale Arbeiterbewegung und den Deutschen Baugewerksbund geschlossen, das stürmisch Widerhall fand.

Wirtschaft Technik Handel

Börse, Regierung und Unternehmertum.

(Börsenbericht für die Woche vom 29. September bis 4. Oktober)

SPD. Berlin, 4. Oktober.

Streng genommen gab es in der abgelaufenen Woche nur einen wichtigen Börsentag: den gestrigen Freitag. Zu allgemeiner Ueberraschung zeigten nämlich die ersten Kurse an dem Aktienmarkt mit einer ungewohnten Gleichmässigkeit Rückgänge gegenüber den Vortagen.

Woher dieser plötzliche Stimmungsumschwung? An den Vortagen hatte sich auf Grund des Sparprogramms der Regierung eine unverkennbare Beruhigung durchgesetzt. Man konnte als sicher annehmen, dass der Kursrückgang für einige Zeit abgestoppt sei und auch das Nachlassen in der Devisenanforderung schaffte im allgemeinen eine bessere Stimmung. Dazu kamen günstige Nachrichten über den Ueberbrückungskredit der Regierung. Ausschlaggebend bei diesen Faktoren war aber immer das Programm der Regierung. Selbstverständlich ist die Börse mit diesem Programm nicht restlos zufrieden. Sie betrachtet die Vorschläge der Regierung nicht als Ideal, aber man begrüßte dass die Regierung überhaupt etwas tat, dass nach der langen, die politische Unsicherheit vergrößernden Untätigkeit überhaupt mal gehandelt wurde. Das schuf im Grunde genommen die festere Stimmung. Sie hat aber eben über den Mittwoch und Donnerstag bis zur Freitagbörse vorgehalten.

Der Rückschlag am Freitag hat mit den grossen politischen Ereignissen direkt nichts zu tun, sondern er geht auf die Auseinandersetzung in der Berliner Metallindustrie zurück. Bald nach Beginn des offiziellen Börsenverkehrs sickerte aus den Diskussionen durch, dass man über die Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber in der Berliner Metallindustrie in der Lohnfrage geradezu empört sei. Man wirft der Führung der Berliner Metallindustriellen vor, dass sie die Gefährlichkeit der ganzen Situation verkenne, mit einer schädlichen Dickköpfigkeit ihre Steuer- und Lohnabbauforderungen über volkswirtschaftliche Notwendigkeiten stelle und im Begriff sei, Porzellan zu zerschlagen, das mir nichts dir nichts nicht zu leimen sei. Man wies darauf hin, dass man die Pflicht habe, selbst etwas für die Allgemeinheit zu tun, auch wenn es zu Lasten der eigenen Gewinne gehe, und dass es nicht angehe, wenn man sich dieser elementaren Forderung entziehe. Verschliesse sich die industrielle Führerschaft dieser Notwendigkeit, so komme man niemals aus der Krise heraus. Dieser Ueberzeugung hat die Börse durch erneute Niedrigbewertung der gewiss schon billig gewordenen Aktienkurse Ausdruck verliehen. Hoffentlich verstehen die Kreise, die gemeint sind, diesen Wink der Börse.

Wäre der Rückgang am Freitag nicht eingetreten, so hätte die Börse die Woche per saldo ohne Verluste abgeschlossen. Das will sicherlich angesichts der Beunruhigung auf den Märkten etwas besagen. Allerdings wären auch nur wenige nennenswerte Gewinne zu verzeichnen gewesen. An den einzelnen Tagen gab es innerhalb der gleichen Börse oft recht starke Schwankungen - bei den schweren Werten oft bis zu 10 Punkten - sodass, alles in allem gerechnet, am Donnerstag das Kursniveau etwa auf der Basis des vergangenen Sonnabend behauptet war. Dass sich inzwischen das Bild verschlechtert hat ist, wie gezeigt, nicht die Schuld der Börse.

Wichtig ist, dass sich in den ersten Wochentagen für einige Spezialitäten ausländische Nachfrage zeigte, die diese Werte zeitweise recht beträchtlich anziehen liessen. Es soll sich allerdings dabei nicht um seriöse Anlagekäufe, sondern um ausgesprochen spekulative Käufe gehandelt haben, eine Behauptung, die dann auch durch den Verlauf der Woche bestätigt wurde: die Ware kam prompt wieder heraus! Zu dieser Gruppe gehören mit an erster Stelle Siemens. Für sie trat wohl im Zusammenhang mit dem italienischen Kabelgeschäft, ein italienischer Spekulant auf, der den Kurs am Donnerstag bis 186% trieb. Bereits am Freitag aber waren sie wieder 180%. Selbstverständlich konnten andere Elektropapiere von dieser Bewegung profitieren. Skeptisch steht man jedoch den angeblich amerikanischen Käufen in Thüringer Gasaktien gegenüber. Die Kurssteigerung von 145 bis 155% (am Freitag 152%) führt man vielmehr auf Käufe von interessierter Seite zurück, die damit den augenblicklichen Verhandlungen zwischen Thüringer Gas und einer amerikanischen Bankengruppe einen gewissen Nimbus geben wollen.

Bevorzugt waren ferner eine Anzahl von Montanpapieren wie Hoesch, Köln-Neuessener Steinkohle und Rhein Stahl. Die unerwartete Dividendenerhöhung bei der Gutehoffnungshütte ist unzweifelhaft als Triebfeder hierfür anzusehen, obwohl es sich um einen Trugschluss handelt, denn was bei der Gutehoffnungshütte die Familie für sich als Rente durchgesetzt hat, wird keine andere Aktionörgruppe irgendwo sonst erreichen. Es folgte dann auch bald eine gewisse Ernüchterung. Das umso mehr als die Braunkohlenaktien, insbesondere Rheinische Braunkohlen (bis zu 7 Punkten schwächer) und Ilse (bis zu 12 Punkten schwächer) stark im Angebot lagen, sodass man sich an der Börse auf höchst unangenehme Ueberraschungen von diesen Seiten gefasst macht.

Die einzige Aktienkategorie, die sich selbst in allgemein zuversichtlichen Tagen nicht mehr erholen kann, sind die Kunstseideaktien, von denen sich inzwischen niemand mehr eine Dividende verspricht. Aku sind in der letzten Woche von 68,25 bis 62% und Bemberg von 77 auf 74,5% zurückgegangen. Das bleiben nun einmal die Sorgenkinder der Börse.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht eine äusserst interessante Arbeit über die Zukunft des Roggens, die dadurch von besonderer Bedeutung wird, weil sie über die Roggenpolitik des gegenwärtigen Ernährungsministers Schiele kurzerhand den Stab bricht. Es wird festgestellt, dass die gegenwärtige Zollpolitik in Deutschland eine weitere kräftige Steigerung der Roggenproduktion bedinge. Andererseits werde die Verteuerung des Weizenbrotes gegenüber dem Roggenbrot nicht zu einer dauernden Abwanderung des Konsums zum Roggenbrot führen. Auch eine Steigerung des Roggenverbrauchs für Futterzwecke sei nicht im Ausmass der auf Grund der höheren Preise zu erwartenden Steigerung der Roggenproduktion möglich.

Die Zurückdrängung des Roggenbaus wird darauf zurückgeführt, dass dem Roggen auf allen Verwendungsgebieten andere Getreidearten oder die Kartoffel vorgezogen werden, im besonderen wird auf den Kampf zwischen Roggen und Weizen als Nahrungsmittel verwiesen. Je geringer der Anteil der Roggenproduktion wird, der zu Brotzwecken Verwendung findet, desto mehr verliert Roggen den Anspruch darauf, als Brotgetreide bewertet zu werden. Fällt aber die Bewertung als Brotgetreide weg, so bildet sich bei den Roggenpreisen die Tendenz aus - entsprechend der geringeren Eignung des Roggens als Futter -, unter die Preise anderer Futtergetreidearten abzusinken.

In Deutschland konnten sich diese in der ganzen Welt wirksamen Tendenzen nicht voll auswirken, da die durch das Zollsystem geschaffenen Preisverhältnisse den schon durch die Natur stark begünstigten Roggenbau kräftig antrieben. Der Roggenbrotverbrauch sowie der Einfuhrbedarf der Zuschussgebiete

ist jedoch auch in Deutschland, ähnlich wie in den anderen Ländern, rückläufig. Dem Einfluss der Welttendenzen kann sich Deutschland auch schon deshalb nicht entziehen, weil die Möglichkeit der Ausfuhr, deren Notwendigkeit angesichts des rückgängigen Bedarfs der eigenen Zuschussgebiete immer dringender wird, dauernd abnimmt. Wenn vor dem Krieg die dem Roggen in Deutschland gewährte Sonderstellung allein durch hohe Roggenzölle in Verbindung mit dem Einfuhrscheinsystem eine zeitlang gehalten werden konnte, ist jetzt zur Erreichung dieses Zwecks ausserdem eine starke Verteuerung aller Futtermittel sowie aller Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie notwendig geworden. Abgesehen davon, dass ein geschlossener hoher Zollschutz für die gesamte Landwirtschaft mit der weltwirtschaftlichen Stellung Deutschlands unvereinbar ist, könnte mit diesem Mittel indes nur ein Aufschub, nicht die Lösung des Roggenproblems herbeigeführt werden. Eine Lösung kann nur durch solche Aenderungen in den Preisrelationen erreicht werden, die die Roggenproduktion in Einklang mit dem Bedarf bringen, ohne die Lage der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie zu beeinträchtigen. Die früher oder später unvermeidliche Aenderung in der Stellung des Roggens im deutschen Ackerbau wird durch die Weltagrarkrise noch besonders dringend gemacht.

Der Weltumstellungsprozess trifft den auf Getreidebau (Roggen und Hafer) mehr als notwendig abgestellten deutschen Ackerbau besonders schwer. Schwer betroffen ist indes auch die landwirtschaftliche Veredelungsindustrie Deutschlands, die bereits vor dem Krieg gerade wegen der einseitigen Einstellung der Landwirtschaft auf den Roggen- und Haferbau gegenüber der Veredelungsindustrie der Nachbarländer im Rückstand war und in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren noch weiter zurückblieb. Der nicht ganz gesunde Aufbau der deutschen Landwirtschaft ist heute gegen den Ansturm der rationalisierten Auslandskonkurrenz ohne Umstellung nicht mehr zu halten. Soll nicht die landwirtschaftliche Veredelungsindustrie preisgegeben werden, wird von der unbedingten Aufrechterhaltung der Roggenpreise abgesehen werden müssen.

Auch bei Preisen, die die Verfütterung von Roggen ohne Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie und ohne Steigerung der Lebenshaltungskosten über das für die weltwirtschaftliche Lage Deutschlands zulässige Mass ermöglichen, wird der Roggenbau, weil er sich auf geeignete Bodenverhältnisse stützt, vorderhand einen kräftigen Stand behalten. Die grosse Entwicklungslinie wird indes in Uebereinstimmung mit der in der ganzen Welt zu beobachtenden verlaufen.

SPD. Der Abschluss der Stock Motorpflug liefert einen äusserst interessanten Beitrag zum Kapitel Reichssubventionen, deren Abbau das Programm der Regierung Brüning stark unterstreicht. Bei Stock Motorpflug ist man an den Abbau dieser Subventionen gegangen, leider wahrscheinlich auf Kosten des Reiches.

Stock Motorpflug, die neben Motorrädern u.a. Schlepper für die Landwirtschaft fabriziert, ist noch nie auf den grünen Zweig gewesen, hat verschiedene Zusammenlegungen hinter sich und konnte sich nur mit starken Reichssubventionen halten. Das Reichsernährungsministerium und der Reichsernährungsminister Schiele sind besonders stark für das Unternehmen eingetreten. Die Leitung des Unternehmens hat, das kann man ihr ohne weiteres bestätigen, völlig versagt. Auch für das Jahr 1929, für das jetzt Bericht erstattet ist, wäre ein grösserer Verlust eingetreten, wenn man nicht auf Grund "Entgegenkommens bestimmter Kreise" eine Bereinigung durchgeführt hätte. Diese bestimmten Kreise sind das Reichsernährungsministerium und der Reichsernährungsminister Schiele. Nachdem man die Abschreibungen heruntersetzt hat, während sich auffälligerweise die Unkosten von 1.0 Millionen auf 2.8 Millionen Mark erhöhten.

schliesst die Ertragsrechnung für 1929 ohne Gewinn und Verlust ab. Das Reich hat also in seinen Forderungen nachgelassen und soll nach Mitteilung der Generalversammlungen dadurch entschädigt werden, dass es an Uebergewinnen bei Grundstücksveräußerungen und an einem Lizenzvertrag beteiligt wird. Dazu hat das Reich noch Aktien übernommen.

Statt Subventionen abzubauen, wird hier in aller Form auf die zugesprochenen Millionen des Reiches verzichtet. Denn Stock Motor ist eine Angelegenheit, die sobald nicht mehr rentabel wird. Wir registrieren den Fall Stock Motorpflug, weil wir annehmen, dass sich die Öffentlichkeit mit der Regelung innerhalb des Aufsichtsrats der Stock Motor sicherlich nicht zufrieden geben wird.

SPD. An der Berliner Produktenbörse wurde am Freitag bekannt, dass die Preise für Eosinroggen um 30 Mark auf 170 Mark herabgesetzt worden sind. Es scheint, dass der Absatz an vergälltem Roggen hinter den Erwartungen zurückbleibt. Gleichzeitig wurden die Bezugsbedingungen der Käufer erleichtert.

SPD. Die Bergedorf-Geesthacher Eisenbahn A.-G. hat dieselben unbefriedigenden Erfahrungen mit dem Autobusbetrieb gemacht wie die Stadt Wiesbaden. Die Gesellschaft hatte neben ihrem Bahnbetrieb auch einen Autobusbetrieb eingerichtet. Für 1929 wird nun für den Autobusbetrieb ein Gewinn von 68 000 Mark ausgewiesen. Dieser Gewinn verwandelt sich aber bei Berücksichtigung des Kapitaldienstes und der Abschreibungen in einen Verlust von 100 000 Mark. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Wirtschaftskrise einen bestimmten Einfluss auf die finanzielle Entwicklung gehabt hat. Ausschlaggebend dürften diese Einflüsse aber nicht sein.

Augenblicklich werden bei den verschiedensten Gesellschaften des In- und Auslandes Versuche mit dem Schwerölmotor im Omnibusbetrieb gemacht. Die bisherigen Ergebnisse scheinen darin übereinzustimmen, dass hier ein Mittel vorliegt, durch das der Autobusbetrieb für den öffentlichen Massenverkehr wesentlich wirtschaftlicher gestaltet werden kann.

SPD. Nach der Schweinezwischenzählung vom 1. September 1930 hat sich in Preussen die Zahl der schweinehaltenden Haushaltungen gegenüber der letzten Zählung im Juli 1929 um 8 % vermehrt und die Zahl der Schweine um 18 %.

Besonders stark zugenommen haben gegenüber der Septemberzählung 1929 die Zuchtsauen. Die Gesamtzahl der Schweine hat sich gegenüber der Septemberzählung 1929 in Ostpreussen um nahezu 29 %, in Niederschlesien um über 30 %, in Oberschlesien um 47 % vermehrt. In den anderen östlichen Provinzen bewegt sich die Vermehrung um 20 %. Dagegen zeigen die typischen Mastprovinzen Schleswig-Holstein und Hannover nur Vermehrungen von 5,8 und 11,6 %.

Weiter gebessert.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Oktober.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war wieder merklich fester, da das Angebot seitens der Landwirtschaft sehr zusammengeschrumpft ist. Diese ist bei der guten Witterung stark mit Erntearbeiten beschäftigt, so dass nur wenig Material auf den Markt kommt. Da aber gleichzeitig vom Auslande festere Meldungen vorliegen und da sich der Mehlabatz wieder belebt hat, konnten die Preise für beide Brotgetreidearten merklich anziehen. Prompter Roggen gewann etwa 2, prompter Weizen etwa 3 Mark. Bemerkenswert war die große Spanne zwischen guten und minderguten Qualitäten, da sich die Kaufneigung der Mühlen in der Hauptsache auf vollwertige Ware erstreckt. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisgewinne von 2 bis 3 Mark festzustellen. Das Mehlgeschäft hat sich seit gestern nachmittag belebt, wenn auch der Absatz immer noch hinter den Erwartungen der Mühlen zurückbleibt. Die Bemühungen der Mühlen, höhere Preise durchzusetzen waren aber nur selten von Erfolg begleitet. Hafer hatte keineswegs feste Tendenz, jedoch hielten die Käufer mit ihrer Ware sehr zurück. Gerste blieb ebenfalls sehr ruhig.

| | <u>2. Oktober</u> | <u>3. Oktober.</u> |
|------------------------------|--------------------------------|--------------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 224 - 226 | 226 - 228 |
| Roggen | 149 - 150 | 150 - 151 |
| Braugerste | 197 - 220 | 195 - 218 |
| Futter- und Industriergerste | 171 - 184 | 168 - 182 |
| Hafer | 147 - 158 | 147 - 160 |
| Weizenmehl | 26,50-34,75 | 26,75-35,00 |
| Roggenmehl | 22,65-26,25 | 23,25-26,75 |
| Weizenkleie | 7,25- 7,75 | 7,25- 7,75 |
| Roggenkleie | 7,00- 7,25 | 7,00- 7,25 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 242 $\frac{1}{2}$ -243 $\frac{1}{2}$ Geld (Vortag: 241 $\frac{1}{2}$), Dezember 256-255 $\frac{1}{2}$ -256 (253 $\frac{1}{2}$), März 271 $\frac{1}{4}$ (270). Roggen Oktober 164-165 (162), Dezember 181 $\frac{1}{2}$ -182 $\frac{1}{2}$ (178 $\frac{1}{2}$), März 196-197 $\frac{1}{2}$ (193 $\frac{1}{2}$), Hafer Oktober 150-151 $\frac{1}{2}$ (147), Dezember 165 $\frac{1}{2}$ -166 (162 $\frac{1}{2}$), März 180-179 $\frac{3}{4}$ (176 $\frac{1}{2}$).

Berliner Viehmarkt.

(3. Oktober).

SPD. Der Schweinemarkt war am Freitag im Gegensatz zu dem vorigen Markt ein Wechsel, der sich in den letzten Monaten häufiger zeigt - weniger stark beschrift. Der Markt wurde geräumt. Die Verkäufer konnten für alle Gattungen höhere Preise durchsetzen. Freundliche Stimmung zeigte auch der Hammelmarkt, wo nur gut genährte Schafe mit Preisverlusten abgingen. Bei glattem Handel und genügendem Angebot hielten sich auf dem Kälbermarkt die Preise unverändert. Auf dem Rindermarkt genügte das Angebot. Die letzten Notierungen konnten in etwa behauptet werden.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 44-49 (voriger Markt 43-48), b) 37-42 (36-40), c) 30-35 (30-34), d) 26-29 (25-28), Kälber: a) - (-), b) 75-85 (75-85), c) 70-83 (70-83), d) 55-68 (55-68), Schweine: (über 300 Pfund) 55-56 (52-53), b) (240-300 Pfund) 55-57 (54-55), c) (200-240 Pfund) 56-57 (54-56), d) (160-200 Pfund) 54-56 (53-54), e) (120-160 Pfund) 52-54 (50-52), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 48 (47).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 3. Oktober 1930

Der Alte kehrt heim.^x

SPD. In einer Strasse, die zu jeder Zeit voll war vom Getön des Hafens, wohnte der Alte. Ein Bretterverschlag auf winkligem Boden war seine Behausung. Brütendes Dämmern lag tagsüber in der Bude. Sie hatte kein Fenster. Nur ein gläserner Dachziegel, vor den die Zeit einen Flor von Spinnweben mit unzähligen Fliegenleichen gespannt hatte, liess grüngrausches Licht herein. Einsam und hungernd lebte der Alte hier schon jahrelang. Wenn er nicht mit seinen gichtischen Fingern sich mühte, aus leeren Zündholzschachteln lange Eisenbahnen für Kinder zu machen, hockte er dösend auf einer hügeligen Chaiselongue. Stumpf waren Körper und Geist. Das ganze Denken und Fühlen des Alten drängte sich um das nächste Stückchen Brot.

Einmal am Tage verliess er das Haus. Das war, wenn drüben die Sirenen der Werften und Hafenbetriebe Feierabend verkündeten. Dann stellte er sich neben den Treppenvorbau eines Hauses auf, um den eiligen Strom der Arbeiter an sich vorüberfließen zu lassen. Man kannte ihn schon, den Alten, wie er fest an die Wand gedrückt stand und die Eisenbahnen im Halbkreis vor sich hin und her gleiten liess. Kein Mensch kaufte ihm das Spielzeug ab. Aber es kam zuweilen ein Arbeiter vorbei, der schon im Voraus ein übriggebliebenes Stück Brot aus dem Beutel kramte und es dem Alten in die Hand drückte. Von solchen Gaben lebte er.

Eines Tages war er unvorsichtig. Er trat zu früh über den Kantstein und wurde von einem ungestümen Radfahrer umgerissen. Das letzte Butterbrot, das er gerade einstecken wollte, flog mitten auf die Strasse. Er selbst prallte auf den Kantstein und kam auf das Spielzeug zu liegen. Man schleppte ihn ins Krankenhaus.

Damit begann für den Alten eine Zeit, wie er sie besser noch nie erlebt hatte. Das saubere Bett, die guten Speisen, geduldige Zuhörer für seine Schwätzereien - das war mehr, als er vom Leben noch erhofft hatte. Die Schmerzen des gebrochenen Armes ertrug er mit derselben Stumpfheit, mit der er bisher alles hingenommen hatte.

Als er das Bett verlassen durfte, zeigte er sich sehr dienstwillig. Dem Personal half er, und den Kranken erfüllte er kleine Wünsche. Dafür erhielt er Eier, Wurst, Obst und Kuchen in solchen Mengen, dass man hätte glauben sollen, er könnte es garnicht bewältigen. Aber der Alte hatte einen ganz unbändigen Appetit. Er mochte ihm selbst tierisch erschienen sein, denn mit dem, was über eine normale Mahlzeit hinausging, zog er sich nach seinem Bette zurück. Dann stellte er die spanische Wähd, die sein Bett von dem Saaleingang absperrte, in einen Winkel, setzte sich mit dem Rücken gegen den Raum und ass weiter. Zweimal am Tage legte er seinen Arm in die Binde. Das war, wenn der Arzt durch die Säle ging. Er hätte es gewiss noch lange so getrieben, wenn nicht eines Tages der Arzt gesagt hätte: "Na, na, Alter, das Ding ist doch wohl wirklich nicht mehr nötig!"

Der Alte lächelte listig und verlegen zugleich. "Aber, Herr Doktor, sehen Sie, wenn ich den Arm so mache... Sie wissen ja garnicht...."

"Doch, doch, Alter, ich weiss ganz genau!" Ein verstehendes Lächeln ging über das braune Narbengesicht des Arztes; aber es war schon verschwunden, als er fortfuhr: "Also, Schwester, von morgen ab auch keinen Verband mehr!"

Der Alte setzte sich langsam auf sein Bett. Es war, als verlöre sein Körper in diesem Augenblick die dienstfertige Beweglichkeit, die noch einmal in ihn

zurückgekehrt war. Er dachte nichts; er wusste nur, dass er nun bald entlassen würde. Wie einen Schmerz, der durch den ganzen Körper ging, empfand er das Drohend und trostlos standen die ferneren Tage vor ihm. Draussen wehte der graue Herbst. Harter Wind strich über die Bäume und entriss ihnen gelbes, welches Blattwerk. Das soglug leise gegen die Fensterscheiben. Von irgendwoher stiess eine Welle Zugluft in den Saal vor.

Fröstelnd sass der Alte da. Er hatte bisher nicht bemerkt, dass der Herbst schon so unerbittlich sein Wesen trieb. In das Blätterspiel blickte er und sah doch nichts. Nur eine grosse Angst fühlte er.

"He, Alter, nun ist's aus mit der Herrlichkeit", rief ihm ein Kranker zu. Der Alte schreckte zusammen. Er versuchte zu lachen. Es wurde aber nichts daraus.

Nach einigen Tagen bekam er seine Papiere. Müde trat er auf die Strasse. Regenschauer wühlten in den Bäumen, peitschten die letzten Blätter durch das Gezweig. Kalt war es geworden. Der Alte stand und wunderte sich, dass alles so verändert war.

Er ging nicht weit; nur bis an die nächste Strassenecke. Dort stand er lange wie einer, der nicht wusste, was er wollte.

Aber er wusste es ganz genau. Er hatte es schon gewusst, als ihm vor dem Portal des Krankenhauses der Regen ins Gesicht geschlagen war.

Nach etwa einer Stunde begehrte er wieder Einlass ins Krankenhaus. Man sah ihn gross an, führte ihn aber doch vor den Arzt. Der wiegte den Kopf, als er den Bruch sah, mit dem der Alte sich schon seit Jahren abgequält hatte. "Wie alt sind Sie?"

"Neunundsechzig", antwortete der Alte. Die Kühle und das Halbdunkel der Gänge hatten ihn zittern gemacht.

"Na, dann können Sie die Kleinigkeit ja noch mitnehmen". So bestimmte es der Arzt.

Der Alte wurde operiert. Aber sein Körper hatte keine Kraft mehr, die Wunde zu schliessen. Sie wurde der Anfang des Verfalls.

Nach drei Wochen fuhr man den Alten auf den Friedhof hinaus.

Paul Behlau.

Der Tigerer.^x

SPD. Im allgemeinen ist Pforzheim im Reiche sehr wenig bekannt. Nur in Fachkreisen kennt man die Stadt mit ihrer weltumspannenden Schmuckwarenindustrie genauer. Besonders die nach dieser Metropole der Bijouterie-Industrie kommenden Einkäufer lernen hier eine Berufsart kennen, die wohl kaum in der Welt eine Parallele hat, wenigstens nicht in diesem Ausmass und in dieser Eigenart. Es handelt sich hier um die sogenannten Tigerer.

Der Fremde, der zum ersten Male nach dieser, in den Entwicklungsjahren stekken gebliebenen und in ihrer ganzen Anlage verpfuschten grossen Stadt mit ihren etwa 80.000 Einwohnern kommt, sieht mit Erstaunen vor den grossen Hotels im Zentrum von morgens früh, wenn sich kaum die Massen der in die Fabriken eilenden Arbeiter verlaufen haben, bis zum späten Abend ganze Trupps Männer stehen, die sich in der Regel angelegentlich zu unterhalten scheinen. Tatsächlich werden auch wohl kaum irgendwo mehr Klatschgeschichten und Neuigkeiten ausgetauscht, als hier. Der Geschäftsmann kann hier am ersten erfahren, welche Firma der Branche schlecht steht, welcher Konkurs sich ereignet hat, und was hier und dort los ist. Zum Teil tragen diese Tigerer Mappen oder Etais mit sich herum; teilweise haben sie auch kleine Koffer bei sich, die die sogenannten Handmuster enthalten. Die eigentlichen Musterkoffer werden ihnen später bei Bedarf auf telephonischen Anruf bei ihrer Firma meistens von Lehrlingen nachgebracht.

Selbst derjenige, der nichts Derartiges mit sich führt, hat doch stets die Geschäftskarte seiner Firma griffbereit in der Tasche. Vor den übrigen Proletariern zeichnen sich diese Menschen, wie die meisten Angestellten, durch ein etwas gepflegteres Aeusseres aus, das sie durch eine entsprechende Ebbe in ihrem Geldbeutel büssen müssen.

Unter diesen Tigerern befindet sich allerdings auch eine Reihe kleinerer Fabrikanten. Ueberhaupt sind die Fabrikanten meistens "Bauern", die "es zu was gebracht" haben, d.h. sie sind von den umliegenden Ortschaften hereingekommen, haben als Arbeiter meistar die Löhne unterboten und sich später in einer Dachstube als "Fabrikant" d.h. als Heimarbeiter selbständig gemacht. Infolge der geringen Unkosten konnten sie nun auch die grösseren Fabriken unterbieten und so "vorwärts kommen", d.h. sie stellten mit der Zeit einige Arbeiter ein und mürksten weiter. (Dies jedoch nur nebenbei zur Illustration dafür, aus welcher Art Menschen sich diese Tigerer rekrutieren.)

Meistens sind die Tigerer gegen Vergütung von Provision auf die getätigter Verkäufe angestellt. Der eine oder der andere bekommt vielleicht auch ein kleines Fixum von 50 bis 100 Mark im Monat, je nachdem, muss aber dafür nich Büroarbeiten mit übernehmen. Ihre Hauptarbeit besteht darin, mit lauernden Katzenaugen die nach Pforzheim kommenden Einkäufer deutscher und hauptsächlich ausländischer Häuser zu beobachten und bei der ersten geeigneten Gelegenheit mit tigerartigem Satz auf sie loszuspringen und sie nicht eher loszulassen, bis sie als Kunden gewonnen sind. Die Art und Weise, wie dabei vorgegangen wird, ist tausendfältig und hängt von vielerlei Umständen ab. Nur der Tigerer hat wirklich grossen Erfolg, der reiche Sprach- und Fachkenntnisse, gepaart mit grosser Menschenkenntnis und einem feinen Gefühl für die Erfassung des richtigen Mittels und des gegebenen Augenblicks, besitzt. Es gehört schon ein ziemliches Quantum psychologischen Verständnisses dazu, sich im richtigen Augenblick in geeigneter Weise an den Einkäufer heranzumachen, denn die Konkurrenz ist gross. Dass dabei mit allerhand Praktiken und Kniffen gearbeitet wird, ist leicht verständlich, obwohl andererseits bei Tigerern, die nicht direkte Konkurrenzfirmen vertreten, oft eine Solidarität herrscht, die man sonst selten findet. In diesen Fällen werden Erfahrungen und Tricks ausgetauscht, mit denen ihrerseits die hierher kommenden Einkäufer arbeiten, auch keine schlechten Geschäftsleute sind. Hat beispielsweise der eine Tigerer bei der Vorlage der Muster bemerkt, dass der Einkäufer unbedingt an den Preisen herunterhandeln will, so gibt er seinen Kollegen einen Wink, und gleich werden die Preise entsprechend erhöht. Da die Waren in den meisten Fällen in verschiedenen Währungen ausgezeichnet sind, darunter regelmässig auch in Schweizer Franken, so wird einfach der Schweizer Frankenpreis anstelle des Markpreises angegeben. Dadurch hat der Tigerer einen Spielraum von rund 20 %, die er sich wieder abhandeln lassen kann. Beide Teile sind zufrieden gestellt. Der Einkäufer hat das Bewusstsein, den Preis gehörig gedrückt zu haben, und der Tigerer hat seinen Auftrag zu den richtigen Preisen in der Tasche. Diese Manipulation ist jedoch nur infolge der eigenartigen Struktur der Pforzheimer Industrie möglich. Jeder Fabrikant hat wieder andere Muster, sodass der Einkäufer nur die Möglichkeit hat, die Preise an ähnlichen Stücken, niemals aber an genau übereinstimmenden Mustern zu vergleichen.

Um den Einkäufern entgegenzukommen, haben sich die Tigerer mit dem grössten Teil der Fabrikanten in der Bijouterieverkäufervereinigung, kurz Vereinigung genannt, zusammengeschlossen, die im ältesten Pforzheimer Hotels, dem Hotel "Post", Büros und sonstige Räume eingerichtet hat, in denen die Einkäufer sich die Musterkollektionen der Fabrikanten und Tigerer vorlegen lassen können.

Der höchste Wunsch eines jeden Tigerers ist es natürlich, selbst Fabrikant zu werden. Die Möglichkeit hierzu bietet sich ab und zu, wenn einer dieser kleinen Fabrikanten, die meist ganz gute Arbeiter sind, jedoch von kaufmännischen Dingen nichts verstehen, einen Teilhaber mit geringer Einlage sucht, der dann die Aussenarbeit und die Büroarbeiten zu übernehmen hat, während sich der "Techni="

ker" nur um die reine Fabrikation kümmert. Manchmal gelingt das Selbständig=
machen, d.h. das Geschäft floriert. Manchmal gelingt's auch nicht, und die Firma
geht pleite. Dann sind die sauer ersparten Notpfennige verloren. Glückt die
Geschichte, dann blüht das Geschäft so lange, bis sich die Herren Chefs ein
Auto zulegen oder der Herr Sohn das Geschäft ruiniert.

Mittlerweile schaffen und schufteten die Goldschmieds und Polisseusen an
Werkbrett und Poliermotor und halten geduldig den Rücken hin, auf dem dieser
etwas unsaubere Daseinskampf ausgetragen wird.

Eberhard Kollmer.

Klinik der Pflanzen.^x

SPD. Die wenigen Kenntnisse des Stadtmenschen von der Natur und den Be=
dingungen der Pflanzenwelt reichen gewöhnlich nicht weit über das hinaus, was
er an seinen Zimmerpflanzen und in seinem Gärtchen studiert. Die Beziehungen
der Pflanzen zu den klimatischen Verhältnissen, zu Trockenheiten oder Nässen,
zu längen oder kurzen Wintern und solchen mit oder ohne Schnee, und besonders
auch zu den Uebergängen in den Jahreszeiten, die Blüte und Fruchtansatz wesent=
lich beeinflussen, bleiben ihm ungelöste Rätsel; der Städter fühlt die Verän=
derungen höchstens an der Preisgestaltung des Lebensmittelmarktes.

Der Erforschung aller Entwicklungsbedingungen unserer Vegetation dient die
Hauptlehrstelle für Pflanzenbiologie, die Biologische Reichsanstalt, in Berlin=
Dahlem, die von grossen Versuchsfeldern umgeben ist, und der sich andere Lehr=
institute wie die Höhere Gärtnerlehranstalt, Teile der Landwirtschaftlichen Hoch=
schule, der Botanische Garten und das Institut für Bienenkunde anschliessen.
Die Biologische Reichsanstalt widmet sich vornehmlich der Untersuchung der Le=
bensverhältnisse der Pflanzen, ferner der Bekämpfung ihrer Krankheiten und der
Pflanzenschädlinge. Auf den grossen Versuchsfeldern wird das Gedeihen der Ge=
treidearten und Gräser auf verschiedenen Erden und mit den verschiedenen Dün=
gungsmitteln beobachtet; im Laboratorium und in den Hörsälen wird die Pflanzen=
materie erforscht. Am lebenden Objekt werden, wie in richtigen Kliniken, Bakte=
rien und Krankheitsformen gepflegt und gezüchtet, und unter dem Mikroskop und
in Reagenzgläsern wird der Verlauf einer Pflanzenkrankheit beobachtet. Die che=
mischen und bakteriologischen Bestandteile der Erde, die der Pflanze als Nah=
rung dient, werden analysiert. Neue Pflanzensorten werden auf ihre Widerstands=
fähigkeit hin erprobt, alte Sorten durch Auffrischung verbessert. Durch genaue
Beobachtungen werden die Schutzmittel kontrolliert; die schon vorhandenen wer=
den verbessert und verbilligt. Man versucht hier auch die neuen Erfindungen der
Chemie und der Elektrizität dem Gedeihen der Pflanze nutzbar zu machen. Doch
die Hauptsache beruht auf der intensiven Beobachtung der Pflanze an ihrem Stand=
ort. Hier will man die Wechselwirkung ergründen, die zwischen Witterung und Pflanz=
wachstum besteht. Von privater Seite und von den öffentlichen Stellen der
Land- und Forstwirtschaft kommen aus allen Teilen des Reiches Sendungen mit
kranken Pflanzen, von Pilz oder Wucherungen befallenen Hölzern, Käfern und Pflanz=
schädlingen. Alles wird untersucht, und, wenn es angeht, werden den Absendern
die Mittel genannt, wie den Uebeln am besten zu steuern ist.

Der Biologischen Reichsanstalt angegliedert ist der Phänologische Reichs=
dienst, dem die Aufgabe zufällt, die jährlichen Entwicklungsphasen von Pflan=
zen und Tieren im Reiche festzustellen. Man bedient sich dazu eines Meldekar=
tensystems. Das sind Zettel mit Vordruck, die an Naturfreunde, an Gärtnerverei=
ne und landwirtschaftliche Genossenschaften kostenlos abgegeben werden. Von die=
sen freiwilligen Helfern werden die Rubriken bis zum Jahresende ausgefüllt und
als portofreie Dienstsache dem Institute zurückgeschickt. Die Fragebogen ent=

halten u.a. ganz sonderbare Fragen. So wird vermeldet, wann das erste Schneeglöckchen blühte, an welchem Tage die Kirschen-, Aprikosen-, Birnen- und Apfelblüte heraus kam, wann die ersten Maitriebe an den Tannen erscheinen. Im Frühsommer wird das Schossen der Helmfrüchte rubriziert. Jeder Monat hat seine besonderen Anmerkungen bis zur Reife der Beerenfrüchte, bis zum Erntebeginn und bis zur Zeit der Laubfärbung. Das jeweilige Resultat wird mit den ebenfalls vorhandenen meteorologischen Meldungen verglichen. Es lassen sich dann greifbare Folgerungen für die Entwicklung der Pflanzen oder der Pflanzenkrankheiten und Schädlinge ableiten. Dabei wurde u.a. gefunden, dass der Befall der Fruchtknoten unter den Obstblüten speziell durch Spätfröste gefördert wird. Einer starken Verspätung des Frühlings folgt naturgemäss eine verspätete Aussaat, die wiederum den Befall der Saaten mit Getreidefliegen begünstigt.

Man erfährt auch von den gelehrten Professoren, die hier am Werke sind, dass fest jedes Jahr seine besonderen Plagen hat. Wie man von einem Maikäferjahr spricht, so kann man von Mäusejahren und Insektenjahren sprechen. Auch das laufende Jahr war als Bakterien- und Insektenjahr anzusprechen, trotz des harten Winters; der nasse Sommer hat dafür die Ausbreitung der Schädlinge stark begünstigt.

Die unmittelbare Nutzbarmachung der Phänologie für die Landwirtschaft und damit für die Ernährung der Gesamtbevölkerung liegt auf der Hand. Man ersieht aber auch aus diesen grossen Wissensgebieten, dass es durchaus zweckmässig wäre, dem Unterrichtsplane der Schulen eine etwas umfangreichere Berücksichtigung biologischen Wissens zuteil werden zu lassen.

Friedrich Natteroth.

Die letzten Gorillas.^x

SPD. Als im "dunkelsten Afrika" die Kultur immer weiter in die Urwälder vordrang, da musste es unweigerlich zum Kampfe kommen zwischen dem Menschen und dem Gorilla, der sich bis dahin als den Herrn des Urwaldes betrachtet hatte. Ausgesprochener Vegetarier, dabei sehr wählerisch und bei seinem riesigen Körperbau auf grosse Nahrungsmengen angewiesen, hat der nomadisch lebende Gorilla die jeweiligen Futterplätze bald abgegrast, und die Horde muss weiterziehen. Stösst sie dabei auf menschliche Pflanzungen, so verwüstet sie diese, vom Hunger getrieben, und wird dadurch notgedrungen zum Feinde des Menschen. Ein furchtbarer Gegner ist der Gorilla im Nahkampf. Wer in die Reichweite seiner 2,8 m spannenden Arme kommt, dessen letzte Stunde hat geschlagen. Die Wunden, die der Gorilla mit seinem Gebiss beibringen kann, sind grauenhaft; wo er einen anpackt, da brechen die Knochen. Den Brustkorb des Gegners drückt dieser Riesenaffe ein wie eine Pappschachtel.

So wurde der von Haus aus friedliche Gorilla, der, wo immer es angeht, dem Kampfe ausweicht und sich ihm durch die Flucht entzieht, zum gefürchteten Fabelwesen, dem der Mensch alsbald unerbitterlich mit Vernichtung drohte. Als man im äquatorialen Afrika begann, mit modernen Schusswaffen gegen jene schwerfälligen Urwaldriesen zu Felde zu ziehen, musste der Affe in diesem ungleichen Kampfe unterliegen.

Binnen kurzem waren die Gorilla-Horden bis auf wenige ausgerottet. Für die Überlebenden Tiere hat man auf Fürsprache der Naturforscher der ganzen Welt ein Schutzgebiet, den sogenannten "Nationalpark", im Belgischen Kongo geschaffen. Das Carnegie-Institut entsandte eine Expedition, deren erster Reisebericht bereits vorliegt, in dieses Schutzgebiet, um das Leben der Gorillas in ihrer natürlichen Umgebung zu studieren. In Bambuswäldern, die die Bergkegel bis zu einer Höhe von 3000 m umgürten und so dicht sind, dass man sich den Weg mit der Axt hindurchbahnen muss, haust der Gorilla und bietet hier, in seinem eigenen

Revier - von keinem Feinde bedroht - ein höchst friedliches Bild. Gewöhnlich streift er durch die Wälder, fast ausschliesslich mit Nahrungsaufnahme beschäftigt. Besondere Vorliebe zeigt er für junge Bambustriebe, doch auch das Mark älterer Bambusstengel wird nicht verschmäht. Sehr beliebt ist der wilde Sellerie, der im Gorilla-Schutzgebiete sehr häufig ist und eine Höhe von 2 m und mehr erlangt. Nacht für Nacht baut sich das in vorbildlicher Einehe lebende Gorilla-Paar ein primitives Nest aus Gras und Zweigen, das einem Storchennest ähnlich ist, - meistar zu ebener Erde, doch bisweilen auch in den Zweigen eines Baumes. Dort schläft das Weibchen mit den Jungen, während der Gorilla-Mann, an einen Baum gelehnt, die Familie bewacht. Hier herrschen noch patriarchalische Sitten und Bräuche. Für den Schutz, den der Gorilla-Mann seiner Familie angedeihen lässt, muss diese ihn durch die besten Leckerbissen entschädigen, die ihm seine stets dienstbeflossene Ehehälfte und die Kinder eilends herbeitragen. Lassen sie den gestrengen Herrn Vater doch einmal zu lange warten, dann setzt es Ohrfeigen, die bei der Riesenkraft des Gorillas nicht leicht zu verschmerzen sind.

Die Expedition des Carnegie-Institutes ist erst ein Vorläufer, dem bald noch andere folgen werden, um das Leben dieser dem Aussterben geweihten Urwaldriesen in Wort und Bild festhalten.

Als ich noch im Kleinflugzeuge...^x

SPD. Dieser Tage hat eine auf einem weit abgelegenen südenglischen Gutshofe wohnende Schülerin, die Tochter des Gutsherrn, einen immerhin nicht alltäglichen Erlaubnisschein bekommen: sie darf mit dem Kleinflugzeug nach der Schule fliegen. Das junge Mädchen steht nun also frühmorgens auf, trinkt ihren Kaffee, wickelt die Stullen ein, packt den Ranzen... und dann geht sie in den Schuppen, schiebt die Maschine heraus, setzt den Motor in Bewegung und fliegt los. Unterwegs fällt ihr vielleicht ein: Halt, die französische Grammatik habe ich vergessen! Sie wendet um und fliegt zurück. Dann erhebt sie sich von neuem in die Lüfte, und nun geht es in forciertem Tempo - denn es ist schon spät, und sie fürchtet Schelte - über die Felder und Dächer hinweg nach dem Schulhof. In der Schule lernt das junge Mädchen dann gewiss erspriessliche Dinge: Die Literaturlehrerin gibt einen Ueberblick über die deutsche und französische Romantik; der Geschichtsunterricht ist bei den Kreuzrittern angelangt, die es auf Tagemärsche von 30 und 40 Kilometern brachten; in der Religionsstunde ist davon die Rede, dass die Jünger Jesum auf einem Feuerwagen gen Himmel fahren sahen... Nach Schulschluss fliegt die Schülerin zurück. Mit geübter Hand lenkt sie ihre Maschine mühelos und sicher: das bereitet ihr keine Schwierigkeiten. Aber es geht ihr durch den Kopf, dass sie im Handarbeitsunterricht keine rechten Fortschritte macht. Wie wird nur die nächste Schulzensur ausfallen?

Später einmal, in fünfzig, sechzig Jahren, wird aus dem jungen Mädchen eine grauhaarige Matrone geworden sein. Grossmütterchen, werden die Enkelkinder sagen, erzähl' uns von früher! Und Grossmütterchen wird erzählen. Zu meiner Zeit, wird sie sagen, flog man mit dem Kleinflugzeug in die Schule. Ihr - wenn ihr auch heute in euerm langweiligen Stahlballin auf den Schulhof schiessen lasst, so wisst ihr garnicht, wie romantisch und poesievoll solch ein Schulflug war, und welche zarten, wenn auch altmodischen Erinnerungen an ihm hängen. Einer der Enkel wird vielleicht ob der Naivität der früheren Generation lachen und ein hübsches Lustspiel schreiben: "Als ich noch im Kleinflugzeuge in die Mädchenschule flog....."

Hans Bauer.

Rechnungen für den Nationalsozialismus.

SPD. Ich wohne möbliert bei der Witwe Zunter. Ihr Sohn ist Nationalsozialist. Ich bin in die Höhle des Löwen geraten.

Als ich am ersten Morgen die Toilette aufsuchen wollte, stiess ich an der Tür mit einem jungen Mann zusammen, der mich mit "Heil!" und römischem Grusszeichen begrüßte. Zuerst dachte ich, der junge Mann hätte Bauchweh, und es würde sich geben. Der junge Mann war der Sohn. Es gab sich nicht. Im Gegenteil.

Ich bekam gratis den "Völkischen Beobachter" und Herrn Goebbels' "Angriff" zu lesen. Ich bekam unfreiwillige Unterweisung über wirtschaftspolitische, rasenpolitische, kulturpolitische Fragen des Nationalsozialismus.

Ich habe arische Beine, arisches Blut, eine arische Nase, aber ich bin kein Nationalsozialist. Leider. Sagt der Sohn. Er möchte mich gern zum P.G. machen. Ich sagte: "Ich muss es mir mal überlegen". Inzwischen aber leide ich für den Nationalsozialismus.

Ich habe zu spät bemerkt, dass hier in den Hinterhöfen die Kommunisten bis unters Dach sitzen. Hier herrscht Buschkrieg. Schlägereien sind an der Tagesordnung. Der Sohn kommt manchmal verbeult nach Hause. Aber es scheint ihm Spass zu machen. Er ist nun mal in dem Alter. Manchmal muss er einen Schupo bitten, ihn nach Hause zu begleiten, denn irgendwo an einer Ecke stehen rote Fronten, um ihn zu verprügeln. Manchmal kommen offene Postkarten: Wir drehen dir morgen das Genick um! Einmal dachte ich, die Karte wäre an mich gerichtet, und bekam einen Schreck. Aber der Sohn ist daran gewöhnt.

Immerhin mache ich Schule. Gestern bin ich im Hausflur von drei, vier Burschen überfallen worden. Ich hatte keine Zeit mehr, den Irrtum aufzuklären. Ich blutete sofort von einem Schlag über den Kopf. Das war das erste Blut, das ich für den Nationalsozialismus liess.

Zum Ersten bekam ich die neue Rechnung von meiner Wirtin. Unvorhergesehene Posten waren da zum Beispiel: länger Licht brennen an sechs Tagen, wo die Dame hier war, 3 M. Für doppelte Ahnutzung der Chaiselongue an sechs Tagen, wo die Dame hier war, 3 M. Mit Miete und Frühstück im ganzen 98 Mark.

Da setzte ich mich hin und schrieb meine Rechnung: Frau Zunter! Für Ihren Herrn Sohn eins mit dem Gummiknüppel über den Kopf gekriegt: 10 M
ein Loch im Rock (kunststopfen) 6 M

zur Anschaffung eines neuen Hutes, als Ersatz für den beim Überfall verlorenen, mindestens 12 M
in summa summarum 28 M.

Einige Wochen später musste ich die zweite Rechnung schreiben:

Sehr geehrte Frau Zunter! Ich mache Ihnen Mitteilung, dass ich mich für berechtigt halte, von der Miete abzuziehen:

meinen anklebbaren Vollbart angeschafft zur Vermeidung von Verwechslungen bei nächtlicher Heimkehr: 6 M

Vorgestern in ein Café geflüchtet, weil mich Kommunisten verfolgten; warum, weiss ich nicht, aber ich war ein Stückchen mit Ihrem Herrn Sohn gegangen:

ein Kännchen Mokka (zur Auffrischung) 1 M

5 Zigaretten (zur Beruhigung) 0,30

einen Kognak (weil draussen noch Kommunisten standen) 0,80

8,10 M

Trinkgeld, 20

in summa summarum 8,30 Mk.

Die Begleichung der Rechnung wurde verweigert. Mein Vorschlag, diese Rechnungen der Parteikasse zur Erledigung zu geben, wurde glatt abgelehnt.

Der Sohn sagt nicht mehr "Heil!" zu mir. Den "Angriff" bekomme ich nur noch auf der Toilette zu Gesicht. - Da ich befürchten muss, gelegentlich doch wieder einmal das Opfer einer Verwechslung zu werden, habe ich gekündigt.

Kurt Rudolf Neubert.

Mahnung.^x

Du denkst wohl oft: Ich seh' es ein,
Es müsste vieles anders sein.
Was aber kann ich dazu tun? -
Und lässt die Hände müssig ruh'n.
Du irrst! Das Werk wird nur geschafft,
Weiht ihm ein jeder seine Kraft.
Vieltausend Hände bauten Rom,
Aus hundert Bächen wird ein Strom.
Steh' länger nicht beiseit'! Heran!
Auf dich gerade kommt es an!

Paul Mochmann.

SPD. Der Goldgehalt des Meeres.^x Sehr häufig kann man in bezug auf die Ausbeutung neuer Goldquellen auch vom Goldgehalt des Meeres lesen, der oft als ziemlich bedeutend geschildert wird. Dass dem nicht so ist, konnte bei der grossen Forschungsreise des Vermessungsschiffs "Meteor" endgültig bewiesen werden. Man hat auf dem "Meteor" in 1400 Analysen das Meerwasser auf Gold untersucht und dabei gefunden, dass der Goldgehalt bedeutend kleiner ist, als bisher angenommen wurde. Auf 250 000 Liter Meerwasser kommt nur ein Milligramm Gold. Also mindestens 10 Eisenbahnwagen voll Meerwasser wären zur Verarbeitung notwendig, um nur für ganze 3 Mark Gold zu erhalten. Da der Aufwand an Arbeitskraft und Materialkosten in keinem Verhältnis zu dem verschwindend kleinen Gewinn steht, kann man die Pläne der Goldgewinnung aus dem Meere wohl als abgetan betrachten.

SPD. Röntgenstrahlen durch Kurzwellenröhren?^x Gegenwärtig beschäftigt sich die wissenschaftliche Welt mit der Untersuchung von Beobachtungen, die jüngst ein deutscher Kurzwellenamateur gemacht hat. Er beobachtete, dass sich auf der Verspiegelung seines Senderohrs Flecken zeigten. Es schien nicht ausgeschlossen zu sein, dass die Ursache Röntgenstrahlen waren, weil u. a. eine längere Aussetzung einer photographischen Platte ähnliche Ergebnisse brachte und auch ein über das Fenster der Röhre gebrachtes Elektroskop entladen wurde - ein Zeichen dafür, dass sogenannte ionisierte Luft vorhanden war. Vermutlich dürfte die weitere Untersuchung dieser Beobachtung recht interessante Ergebnisse zeitigen, da man schon lange solche Wirkungen für möglich gehalten hat.

SPD. Ein Esperanto-Sender.^x Während allein die europäischen Rundfunk-Sender mittlerweile die recht stattliche Anzahl von 173 Stationen - ausschliesslich der lokalen russischen Sender - erreicht haben, gab es bisher auf der ganzen Erde noch keinen Spezialsender, der völkerüberbrückend auch durch den Gebrauch einer Welthilfssprache hätte wirken können. Einen Anfang in dieser Richtung hat man nun kürzlich in Australien durch Errichtung eines Esperanto-Kurzwellensenders in Melbourne gemacht. Dieser erste Esperanto-Sender hat das Rufzeichen V.K.3.C.A. und wird von der Melbournen Esperanto-Vereinigung betrieben.
